

JAHRESBERICHT 2013



Im Interview

Prof. Friedrich Pukelsheim

Professor für Stochastik, Universität Augsburg
Seite 18

Im Interview

Dr. Henning Scherf

Bürgermeister a. D. der Hansestadt Bremen
Seite 26

Impressum

Herausgeber
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktion & Interviews
Heidrun Stirner und Ilka Willand
jahresbericht@destatis.de

Gestaltung
KonzeptQuartier® GmbH, Fürth
Barbara Both, Statistisches Bundesamt

Erschienen im Mai 2014

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet.

Bildrechte

Umschlag
© KonzeptQuartier® GmbH / © Statistisches Bundesamt

Seite 03, 04, 05, 06, 08, 10/11, 16, 44
© Statistisches Bundesamt

Seite 04, 18, 20
© Peter Neidlinger

Seite 04, 22/23
© iStockphoto.com / gerne

Seite 04, 27
© www.torsten-kollmer.de

Seite 05, 21, 29, 30, 31, 32, 34
© KonzeptQuartier® GmbH

Seite 05, 38/39
© ARD / Axel Berger

Seite 12/13, 37, 46
© KonzeptQuartier® GmbH / © Statistisches Bundesamt

Seite 14, 15
© René Schiffer, Leitwerk Büro für Kommunikation

Seite 28
© Ilka Willand

Seite 39, 40, 41
© Infratest dimap

Liebe Leserin, lieber Leser,

wie wählt Deutschland? Die Menschen Deutschlands werden in diesem Jahr wieder aufgerufen, ihre Stimme bei der Europawahl abzugeben. Ein Blick zurück in das letzte Wahljahr 2013 zeigt, dass sich Bürgerinnen und Bürger rund 21 Millionen Mal auf der Seite www.bundeswahlleiter.de einklickten – beispielsweise, um sich über das neue Wahlrecht zu informieren. Der Wahl-o-mat der Bundeszentrale für politische Bildung wurde rund 13 Millionen Mal abgerufen. Die Internetnutzer wollten herausfinden, welches Parteiprogramm am besten mit den eigenen Positionen übereinstimmt. Mich als Bundeswahlleiter freut das, ich sehe es als ein Zeichen für Interesse und Partizipation in der Bevölkerung.

Während die Deutschen sich 2013 noch mit ihrer Meinungsbildung beschäftigten, wurden im Statistischen Bundesamt alle Vorbereitungen für die Bundestagswahl mit Hochdruck umgesetzt. Lesen Sie in unserem Jahresbericht, wie der Weg vom neuen Wahlgesetz bis hin zum amtlichen Endergebnis bewältigt wurde. Prof. Friedrich Pukelsheim, der das neue Wahlrecht als Sachverständiger des Bundestages mitgestaltet hat, beantwortet uns Fragen dazu in einem Interview.

Wie wohnt Deutschland? Mit diesem zweiten Thema stellen wir einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit vor. Wir berichten von der Gebäude- und Wohnungszählung, einem Teil der Zensuserhebung 2011. Die Daten aus dieser Erhebung bieten derzeit in Deutschland die einzigen flächendeckenden Informationen in dieser Tiefe. Mit Leben füllt das Thema unser Interviewpartner Dr. Henning Scherf, der das Thema Wohnen im Alter zu seinem macht.

In diesem Jahresbericht werden wir Ihnen das Berliner Team des Statistischen Bundesamtes vorstellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für den Service vor Ort in der Hauptstadt zuständig. Daten aus Deutschland und Europa, kombiniert mit kompetenter und unabhängiger Beratung: Für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit ist dieser Service unentbehrlich geworden. Ihnen wünsche ich informatives Lesen – wir freuen uns über jedes Feedback!

Ihr



Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes und
Bundeswahlleiter



Inhalt

02 Impressum

03 Editorial

06 **Vision**

Leitmotiv und Kennzahlen in Kürze

08 **Hauptstadtkommunikation**

Unser Service für die Politik

12 **Europa in Zahlen**

Die Europa-Website des Statistischen Bundesamtes

14 **Datenreport 2013**

Der Sozialbericht für Deutschland



26



08



22



18



44



38



30



16

16	Vom Wahlrecht zum Wahlergebnis Die Umsetzung des neuen Wahlrechts 2013
18	Im Interview: Prof. Friedrich Pukelsheim Professor für Stochastik, Universität Augsburg
22	So wohnt Deutschland Die Gebäude- und Wohnungszählung
26	Im Interview: Dr. Henning Scherf Bürgermeister a. D. der Hansestadt Bremen
30	Politikberatung Statistiken für politische Entscheidungsprozesse
36	Gerhard-Fürst-Preis 2013 Forschen mit amtlichen Daten
38	Im Kundenprofil: infratest dimap Parteien, Prozenze, Prognosen
42	Personalentwicklung und Fortbildung Führen und Fördern
44	Haushalt Budget und Ausgaben 2013
46	Leitung und Standorte Statistisches Bundesamt in Berlin, Bonn und Wiesbaden
.....	
48	Kontakt und Adressen

Vision

Das Statistische Bundesamt ist der führende Anbieter qualitativ hochwertiger statistischer Informationen über Deutschland.

Wir liefern die für die Willensbildung und die Entscheidungsprozesse in einer demokratischen Gesellschaft notwendigen statistischen Informationen und garantieren die Neutralität, Objektivität und wissenschaftliche Unabhängigkeit unserer Arbeiten sowie die vertrauliche Behandlung der uns überlassenen Einzeldaten.

Unsere Leistungsfähigkeit beruht auf der innovativen Kraft, Kompetenz und Kundenorientierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Das Statistische Bundesamt in Zahlen 2013

Beschäftigte

Beschäftigte am Standort Wiesbaden	1 824
Beschäftigte am Standort Bonn	622
Beschäftigte am Standort Berlin	22
Beschäftigte, die Teilzeit arbeiten	555
Teilzeitquote	22 %
Durchschnittliche Fortbildungstage je Beschäftigten	2,8
Anteil der Tarifbeschäftigten	69 %
Anteil der Beamtinnen und Beamten	27 %
Anteil der Azubildenden	4 %
Anteil der weiblichen Führungskräfte	35 %
Männeranteil der Beschäftigten in Elternzeit	24 %

Finanzen

Veranschlagte Haushaltsmittel	165 Millionen Euro
Anteil am Bundeshaushalt	0,04 %

Presse und Service

Pressemitteilungen	490
Pressekonferenzen	6
Anfragen aus dem Deutschen Bundestag	1 030
Anfragen per Mail	11 465
Anfragen per Telefon	30 878

Datenbank GENESIS-Online

Tabellenabrufe	2,6 Millionen
Verfügbare Statistiken	207
Verfügbare Werte	465 Millionen



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des i-Punkt Berlin

i-Punkt Berlin

Hauptstadtkommunikation: Unser Service für die Politik

Die Informationen des Statistischen Bundesamtes bilden die Grundlage für viele politische Entscheidungsprozesse. Mit dem i-Punkt ist das Statistische Bundesamt direkt in Berlin präsent und bietet politischen Entscheidungsträgern vor Ort einen umfassenden und kompetenten Service zur amtlichen Statistik.

Service für den Deutschen Bundestag

Parlamentarier sind auf schnelle und kompetente Informationen angewiesen. Deshalb unterhält das Statistische Bundesamt im Deutschen Bundestag ein Servicebüro, bei dem 2013 über 1000 Anfragen eingingen. Stark nachgefragt waren Informationen zur Bundestagswahl, Daten zur Verdienst- und Einkommensentwicklung sowie zu den Sozialleistungen. Bei der Beantwortung arbeiten unsere Mitarbeiter vor Ort eng mit den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden und Bonn sowie den wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestags zusammen. Der Vorteil für die Parlamentarier: Sie erhalten aus einer Hand Daten und methodische Informationen als Grundlage für ihre Entscheidungen.

Ansprechpartner für Bundestagsgremien

Seit mehr als zehn Jahren organisiert der i-Punkt Berlin für die Fraktionen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien Informationsveranstaltungen zur amtlichen Statistik. Nachdem das Jahr 2013 von den Bundestagswahlen geprägt war, steht nach der Konstituierung des neu gewählten Parlaments ein neuer Ver-

anstaltungszyklus für alle Fraktionen an. Für Ausschüsse und Gremien vermittelt der i-Punkt Berlin den Kontakt zu Expertinnen und Experten des Statistischen Bundesamtes und ergreift Initiativen, damit die Expertise in die parlamentarische Arbeit einfließen kann. Zum Beispiel war das Statistische Bundesamt in der 17. Legislaturperiode in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ beratend bei der Festlegung neuer Wohlstandsindikatoren vertreten. Des Weiteren wirkte 2013 ein Statistikexperte bei der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales mit.

Statistik im Dialog

Im i-Punkt-Forum in Berlin finden Hintergrundgespräche zu den Pressekonferenzen des Statistischen Bundesamtes statt. Hier diskutieren Fachleute aus dem Parlament, aus Ministerien, Verbänden und Forschungseinrichtungen mit den Statistikern – eine besondere Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch für beide Seiten. 2013 wurden beispielsweise Hintergrundgespräche zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und den neuen Ergebnissen des Datenreports angeboten.

In diplomatischer Mission

Für die ausländischen Botschaften in Deutschland sowie die deutschen Vertretungen im Ausland ist der i-Punkt Berlin direkter Ansprechpartner. Besonders die Statistiken zur Entwicklung des Außenhandels werden häufig nachgefragt. Auch bei der jährlichen Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt war der i-Punkt Berlin 2013 wieder als Statistikexperte mit einem Informationsstand präsent.

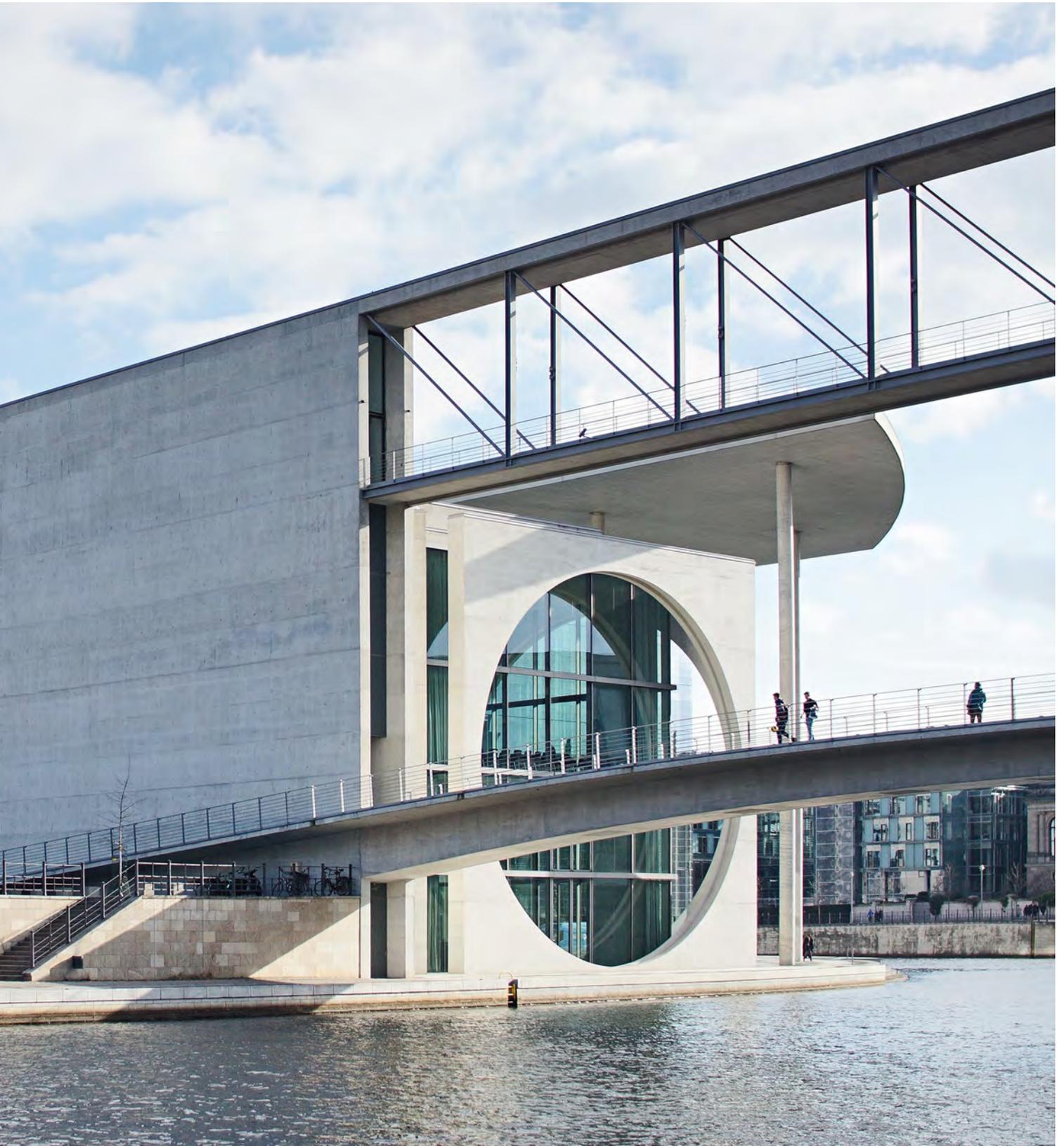
Public Affairs

Weitere Initiativen des i-Punkt zur Förderung der Wahrnehmung der Statistik sind die Teilnahme an Großveranstaltungen, wie dem Tag der offenen Tür der Bundesregierung oder dem Deutschlandforum des Bundeskanzleramtes. Ein neues Kommunikationsinstrument ist der Statistikbrief. Er liefert mehrmals jährlich statistische Informationen zu einem politisch relevanten Thema. Gleichzeitig informiert er über Veranstaltungen des Statistischen Bundesamtes in der Hauptstadt. Die erste Ausgabe widmete sich dem Thema Preise für Wohnen im europäischen Vergleich und kann unter www.destatis.de/statistikbrief heruntergeladen werden. Und wer immer aus dem politischen Berlin Datenbedarf hat, den berät der i-Punkt als Servicestelle für statistische Anfragen über Deutschland, Europa und die Welt.

Hauptstadtkommunikation i-Punkt Berlin:
www.destatis.de/ipunkt

Statistikbüro im Bundestag
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
Ansprechpartnerin: Beate Bork
bundestag@destatis.de





Europa in Zahlen

www.destatis.de/europa

Die neue Europa-Website des Statistischen Bundesamtes bündelt das umfangreiche Datenangebot des EU-Statistikamtes Eurostat und liefert Antworten auf die Frage, wie Deutschland im europäischen Vergleich abschneidet.

Zugang zu den Daten Eurostats | Direkter Zugang zur Datenbank des EU-Statistikamtes mit Erläuterungen und Demo-Tour für Einsteiger

Unter einem Dach | Integration der europäischen Statistiken in das Onlineportal des Statistischen Bundesamtes

Daten nach Staat | Fakten auf einen Blick zu allen EU-Mitgliedstaaten, den Kandidatenländern und wichtigen Handelspartnern

Daten nach Thema | Meldungen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen oder neuen Ergebnissen



Team in Berlin: Europäische und Internationale Statistiken



Statistik anschaulich | Visualisierungen und interaktive Anwendungen unterstreichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede im EU-Vergleich

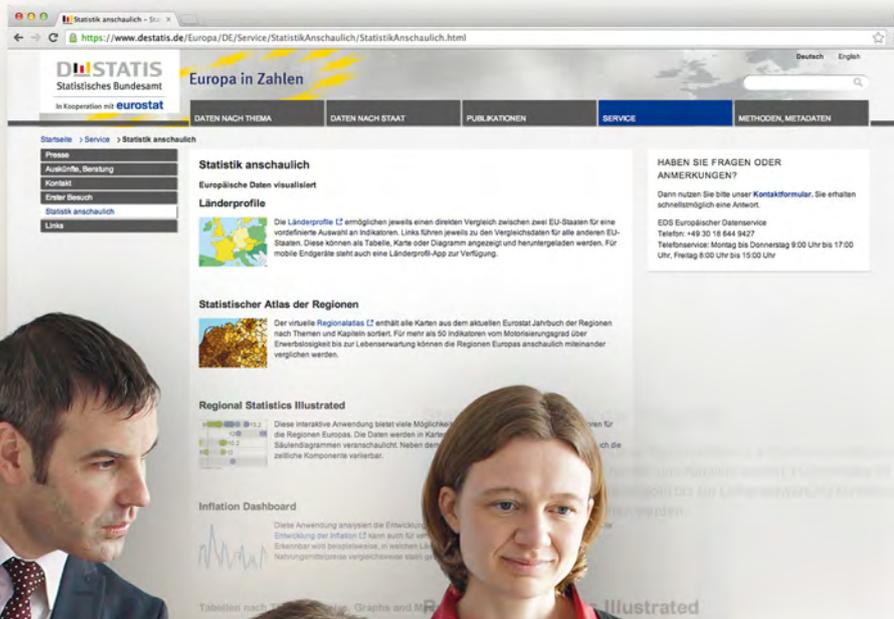
Systematische Verknüpfung | Querverweise zum nationalen Datenangebot erleichtern die Datenrecherche

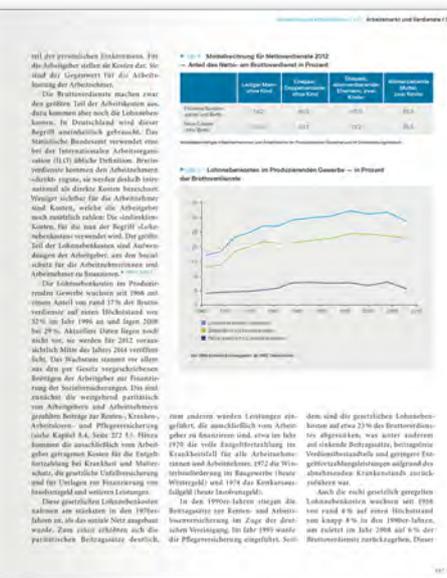
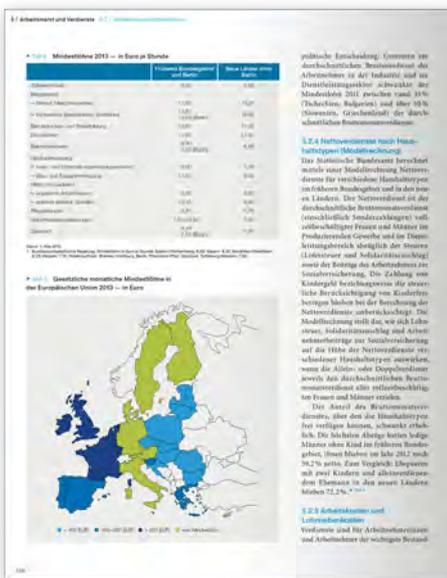
Neuerscheinungen | Alle Eurostat Veröffentlichungen als Download

Methodische Informationen | Klassifikationen und Definitionen im Überblick

Europäisches Statistisches System (ESS) | Mehr zum Verbund der Institutionen, die an der Erstellung amtlicher EU-Statistiken beteiligt sind

Persönliche Beratung | Bei weiteren Fragen zur amtlichen europäischen Statistik hilft der EDS Europäischer Datenservice schnell und kompetent weiter



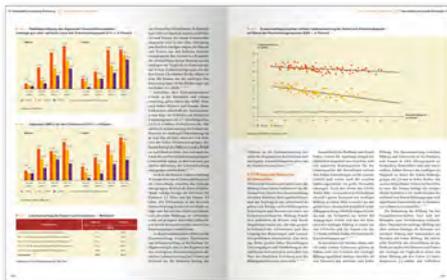


„Mehr Jobs, aber auch mehr Armut“ lautete die Kernaussage der Pressekonferenz im Wissenschaftszentrum Berlin, die anlässlich des neu erschienenen Datenreports am 26. November 2013 stattgefunden hat. Das Thema kam passend zu den laufenden Koalitionsverhandlungen der neuen Bundesregierung, die den Punkt gesetzliche Mindestlöhne in Deutschland auf der Tagesordnung hatten.

Das Presseecho war enorm und hat erneut gezeigt, wie das Zusammenspiel zwischen amtlichen und sozialwissenschaftlichen Daten gelingen kann. Denn der Datenreport wird als Instrument politischer Bil-

dung bereits in 14. Auflage gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) herausgegeben. In ihm finden Journalisten, Schüler, Studierende, aber auch Fachleute aus Wissenschaft und Politik ein unerlässliches Handbuch über den Zustand der Republik.

Seit diesem Jahr verfolgt der Datenreport eine zusätzliche Verbreitungsstrategie: Er ist online über die Bildungsserver und Schulportale der Bundesländer als Unterrichtsmaterial erhältlich.





Vom Wahlrecht zum Wahlergebnis

Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes führte knapp anderthalb Jahre vor der Bundestagswahl 2013 zu einer Novellierung des Bundeswahlgesetzes. Mit Tempo wurde die Organisation und technische Umsetzung im Statistischen Bundesamt vorangetrieben. Die Wahl verlief organisatorisch reibungslos.

1 Juli 2012

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass das Verfahren der Zuteilung der Abgeordnetensitze des Deutschen Bundestages mit dem Grundgesetz unvereinbar ist. Neben dem Effekt des negativen Stimmgewichts wird die Zuteilung von Überhangmandaten beanstandet. Im Bundeswahlgesetz fehlt fortan eine wirksame Regelung zur Umrechnung der Wählerstimmen in Parlamentssitze für die Wahlen zum Deutschen Bundestag.

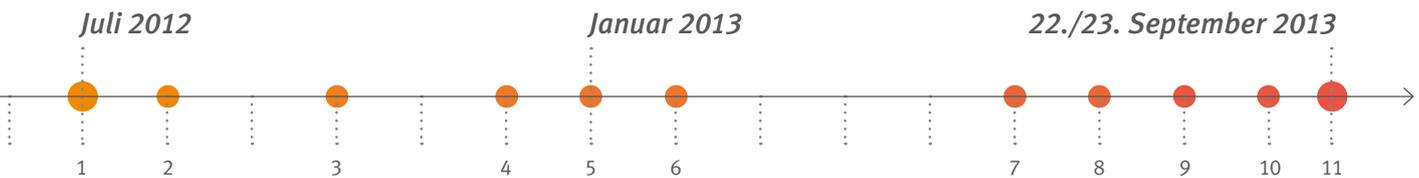
2 August 2012

Mit großem Tempo wird fraktionsübergreifend eine Arbeitsgruppe zur Reform des Bundeswahlrechts gebildet. Die anstehende Gesetzesänderung soll auf eine möglichst breite parlamentarische Grundlage gestellt werden, um das Wahlrecht – das vornehmste demokratische Recht der Bürgerinnen und Bürger – so schnell wie möglich in breitem Konsens zu novellieren. Schnell wird deutlich, dass an keine radikale Änderung des

bestehenden Wahlsystems gedacht wird, sondern vielmehr das bewährte System der personalisierten Verhältniswahl mit Erst- und Zweitstimme beibehalten werden soll.

3 Oktober 2012

Die fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe lädt zu einer Sitzung mit Wahlrechtsexperten und Bundeswahlleiter ein. Die Sachver-



ständigen beantworteten Fragen zu möglichen, unterschiedlichen Wahlmodellen. Nach weiteren Beratungen verständigen sich die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNE auf das Kompromissmodell „Sitzkontingente mit Ausgleich“ und bitten das Bundesministerium des Innern um eine sogenannte Formulierungshilfe für einen Gesetzentwurf.

4 Dezember 2012

Der Entwurf zur Änderung des Bundeswahlrechts wird am 11. Dezember 2012 eingebracht und drei Tage später in einer ersten Lesung im Bundestag beraten. Er unterteilt die Sitzberechnung in zwei Verteilstufen mit jeweils zwei Rechenschritten. Die Fraktion der Linken schließt sich diesem Entwurf nicht an, sondern legt einen eigenen Gesetzentwurf mit anderem Modellansatz vor.

5 Januar 2013

Zu beiden Gesetzentwürfen findet eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen statt, die beide Entwürfe umfassend würdigen.

6 Februar 2013

Am 21. Februar wird der Gesetzentwurf der vier Fraktionen in zweiter und dritter Lesung mit den Änderungsvorschlägen des Innenausschusses im Deutschen Bundestag mehrheitlich angenommen, der Gesetzentwurf der Linken findet dagegen keine Mehrheit. Nachdem das Gesetz Anfang März den Bundesrat passiert hat, beginnt unmittelbar danach die Anlaufphase für die Arbeiten an der Programmierung des Sitzberechnungsverfahrens beim Statistischen Bundesamt. Die juristische Diktion des Gesetzes muss in mathematische Algorithmen umgesetzt werden. Nach Abschluss dieser komplexen Tätigkeit startet

die notwendige und sehr umfangreiche Testphase. Sie wird mit Datenmaterial für viele erdenkliche, selbst höchst unwahrscheinliche Konstellationen durchgeführt.

7 Juni 2013

58 politische Vereinigungen bekunden mit teilweise umfangreichem Material beim Bundeswahlleiter, dass sie an der Bundestagswahl 2013 teilnehmen wollen. Dies ist in der Geschichte der Bundestagswahlen die zweithöchste Anzahl an Beteiligungsanzeigen.

8 Juli 2013

Nach einer gesetzlichen Änderung zur Verbesserung des Rechtsschutzes in Wahlsachen tritt der Bundeswahlausschuss am 4./5. Juli erstmals in neuer und gewichtiger Besetzung zusammen. Er ist ergänzt um zwei Richter des Bundesverwaltungsgerichts, um der besonderen Tragweite seiner Entscheidungen Rechnung zu tragen. Der Bundeswahlausschuss erkennt nach eingehender Prüfung der eingereichten Unterlagen und in öffentlicher, live übertragener Anhörung bei 29 der politischen Vereinigungen deren Parteieigenschaft an. Diese können nunmehr an der Wahl teilnehmen. Gegen die ablehnenden Entscheidungen kann – auch erstmals – innerhalb von vier Tagen Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt werden. Hiervon machen zwölf politische Vereinigungen Gebrauch. Nur eine hat Erfolg und kann zusätzlich an der Wahl teilnehmen.

9 August 2013

Der Bundeswahlausschuss entscheidet in seiner zweiten Sitzung über eingelegte Beschwerden gegen Entscheidung der Landeswahlausschüsse und entscheidet damit als Beschwerdeinstanz endgültig über die Zu-

lassung der für die Bundestagswahl eingereichten Landeslisten. Nunmehr steht endgültig fest, welche Parteien und Kandidaten an der Bundestagswahl 2013 teilnehmen. Die Stimmzettel können gedruckt werden.

10 September 2013

In bewährter Tradition ermittelt und verkündet der Bundeswahlleiter das Wahlergebnis am Sitz des Deutschen Bundestages. Zur Vorbereitung beginnt der Aufbau der Infrastruktur für die Wahlnacht im Reichstagsgebäude in Berlin. Wie vor jeder Wahl findet einen Tag vor der Bundestagswahl eine große Generalprobe zeitgleich in Wiesbaden und Berlin statt. Der gesamte Ablauf der anstehenden Wahlnacht wird stets abschließend nochmals getestet. Die Spannung bei allen an diesem Großprojekt beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes und der Bundesstelle für Informationstechnik steigt.

11 Wahltag und Wahlnacht am 22./23. September 2013

Der Bundeswahlleiter besucht gemeinsam mit dem Bundespräsidenten ein Wahllokal in Berlin, um stellvertretend allen 630 000 Wahlhelfern für die Unterstützung bei der Wahlorganisation zu danken und die Bürger nochmals zur Wahl aufzurufen. Nach Schließung der Wahllokale beginnt vor Ort die Auszählung der Stimmzettel. Die eingehenden Meldungen der Wahlkreisergebnisse werden zeitgleich ins Internetangebot des Bundeswahlleiters eingestellt und sind auch auf mobilen Endgeräten abrufbar. Nachdem das letzte Wahlkreisergebnis eingelaufen und das Bundesergebnis berechnet ist, gibt der Bundeswahlleiter um 3.15 Uhr das vorläufige Wahlergebnis der Bundestagswahl 2013 bekannt. Die Arbeit ist getan!



Im Interview: Prof. Friedrich Pukelsheim

Professor für Stochastik an der Universität Augsburg und Experte für Wahlverfahren

Herr Prof. Pukelsheim, Sie sind Mathematikprofessor und wurden als Sachverständiger in den Bundestag eingeladen. Das Modell für das neue Wahlverfahren, das Sie mitentwickelt haben, ist bei der Bundestagswahl 2013 angewendet worden. Erklären Sie uns noch mal, was an dem alten Wahlverfahren nicht mehr stimmte.

Das alte wie das neue Wahlverfahren verbindet die Personenwahl mit der Verhältniswahl. Beim alten Wahlverfahren war diese Verbindung nicht mehr zeitgemäß. Dies sprang am deutlichsten bei der großen Zahl der Überhangmandate ins Auge, die mit der Vorgabe der Verhältnismäßigkeit kollidierten. Ein weiterer Mangel war, dass das alte Wahlverfahren Gegenläufigkeiten zuließ, sodass mehr Stimmen zu weniger Sitzen führen konnten. Diese Gegenläufigkeit erhielt Prominenz unter dem Namen „negatives Stimmgewicht“.

Sind Sie aus heutiger Sicht – nach der Wahl und den bisherigen Wahlanalysen – zufrieden mit der Umsetzung des Wahlmodells? Sehen Sie weiteren Bedarf das geltende Wahlmodell zu ändern?

Das neue Wahlmodell flexibilisiert die Bundestagsgröße, um die Ergebnisse aus der Personenwahl konfliktfrei mit den Er-

gebnissen aus der Verhältniswahl verbinden zu können. Aus meiner Sicht ist die Flexibilisierung der Gesamtsitzzahl sehr großzügig – um nicht zu sagen: zu großzügig – geraten. Es bieten sich Möglichkeiten der Nachbesserung an, die im Regelfall die vorgegebene Bundestagsgröße von 598 Sitzen einhalten würden.

Das Stimmensplitting als Form des taktischen Wählens ist durch das neue Wahlrecht stark eingeschränkt worden. Der Anteil der Wählerinnen und Wähler, die ihre Stimmen gesplittet haben, ist erstmals seit 1976 gesunken. 2009 lag der Anteil der „Stimmensplitter“ bei 26,4% und 2013 bei 23,0%. Ist das bereits als Reaktion auf das neue Wahlrecht zu werten?

Meiner Ansicht nach: Ja. Es wird oft so getan, als seien die Wähler und Wählerinnen zu dumm, die Feinheiten des Wahlsystems zu verstehen. Dem kann ich gar nichts ab-

gewinnen. Im Gegenteil, viele Leute verfolgen, was da gemacht wird. Während beim alten Wahlrecht die Stimmensplitter auf einen doppelten Erfolg ihrer zwei Stimmen hoffen konnten, ist das beim neuen Wahlrecht nicht mehr der Fall. Also haben viele Wählerinnen und Wähler darauf verzichtet.

Mit Überhangmandaten kann sich keine Partei mehr einen Vorteil verschaffen. Macht es für Wählerinnen und Wähler noch Sinn, die Erst- und Zweitstimme zu splitten?

Ja. Das Wahlrecht zum Bundestag ist ja gerade dadurch gekennzeichnet, dass mit der Erststimme die Persönlichkeitskomponente betont wird, was sich in der personellen Zusammensetzung des Bundestags äußert. Dagegen bestimmt die Zweitstimme die parteiliche Zusammensetzung des Bundestags. Bleibt noch die Frage, welche von diesen beiden Gesichtspunkten die Oberhand hat? Die Antwort ist im Kleindruck auf dem



Stimmzettel zu lesen: Die maßgebende Stimme ist die Zweitstimme. Maßgebend ist also die Komponente der Verhältniswahl. Die Ergebnisse der Personenwahl werden darin eingebettet.

Bundestagspräsident Lammert geht die Vereinfachung des Wahlrechts noch nicht weit genug. Er regt nun in der Öffentlichkeit die Abschaffung der Zweitstimme an, wie dieses im Landtag von Baden-Württemberg schon praktiziert wird. Was sind aus Ihrer Sicht die Vor- und Nachteile auf Bundesebene?

Von den sechzehn Landtagswahlssystemen, die wir in der Bundesrepublik haben, sind

keine zwei identisch. Keines davon könnte nahtlos auf die Bundesebene übertragen werden. Die Novellierungsbemühungen in der Vergangenheit standen unter dem Motto, die Stimmgebung durch die Wähler unberührt beizubehalten und nur die erkannten Schwachstellen in der Verrechnung dieser Stimmen zu beseitigen. Natürlich wäre der Bundestag frei, ein anderes Stimmgebungsverfahren einzuführen. Dies müsste dann mit einer größeren Umerziehungskampagne unter das Volk gebracht werden. Das wäre sicherlich eine besondere didaktische Herausforderung an den Bundeswahlleiter und seine Truppe.

„Es wird oft so getan, als seien die Wähler und Wählerinnen zu dumm, die Feinheiten des Wahlsystems zu verstehen. Dem kann ich gar nichts abgewinnen.“

Mit dem neuen Wahlrecht wurden Bedenken laut, es gäbe zu viele Abgeordnete im Bundestag. Das ist 2013 so nicht eingetreten, kann aber unter bestimmten Konstellationen eintreten. Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

Was meinen Sie mit „zu viele“? Sie passen alle rein, stehen muss keiner. Manchen Kommentatoren ist das Geld zu schade, das für die Abgeordneten und ihre Mitarbeiterstäbe ausgegeben wird. Aber nirgendwo steht, dass eine Republik zum Nulltarif zu haben ist. Eine Monarchie ist teurer. Ich finde, dass die ernst zu nehmenden Bedenken die sind, die aus dem Bundestag selber kommen. Die frühere Reformkommission zielte auf eine Herabsetzung der Hausgröße auf 598 Sitze, um die Arbeit im Parlament effizienter zu gestalten. Das neue Wahlrecht ließe sich mit wenigen Federstrichen so abändern, dass dieses Effizienzziel in aller Regel erreicht wird.

Für die anstehende Wahl des Europäischen Parlamentes wurde die 3 % Hürde vom Bundesverfassungsgericht jüngst gekippt. Wie beurteilen Sie diese Entwicklungen?

Mein Urteil ist wohl unerheblich im Vergleich zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Selbst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist nur deshalb erheblich, weil es das Europäische Parlament seit Jahrzehnten versäumt, ein europaeinheitliches Wahlverfahren zu etablieren. Deshalb spreche ich auch nicht von der „Wahl des Europäischen Parlaments“ im Singular, sondern von „den Wahlen zum Europäischen Parlament“ im Plural. Eine große Küche mit achtundzwanzig Köchen. Der Volksmund weiß, wie es weiter geht: Viele Köche verderben den Brei.

Das Statistische Bundesamt blickt mit der Durchführung der Wahl in Verantwortung des Bundeswahlleiters auf eine lange Tradition zurück. Sehen Sie die Durchführung der Wahl beim Statistischen Bundesamt als unabhängige Institution gut aufgehoben?

Bestens. Der Bundeswahlleiter mit seinem Team ist allerdings nur die Spitze des Eisberges. Neben den vollamtlichen Landes- und Kreiswahlleitungen kommen ja auch noch zehntausende von Helferinnen und Helfern dazu, auf deren Redlichkeit die Durchführung der Wahl und die Auswertung der Ergebnisse aufbauen. Dass dies in Deutschland und anderen Staaten so reibungslos funktioniert, ist eine Kulturleistung ersten Ranges.

In der Schweiz ist Ihr dort eingeführtes Wahlverfahren als „Doppelter Pukelsheim“ bekannt geworden. Wie können wir das Wahlverfahren 2013 in Deutschland nennen? In den Medien hat sich keine griffige Wortschöpfung durchgesetzt. Geben Sie uns Nicht-Mathematikern einen Tipp ...

Der Doppelproporz kommt den schweizerischen Verhältnissen entgegen, weil dort die föderale Gliederung eine größere Rolle spielt und auch auf die Organisation innerhalb der Kantone projiziert wird. Für diese Ergänzung haben wir hier in Deutschland keinen Bedarf, wie mir scheint. Am besten benutzen wir deshalb für das Wahlverfahren 2013 dasselbe Etikett, das seit über einem halben Jahrhundert für unser Bundeswahlgesetz gilt: eine mit der Personenwahl verbundene Verhältniswahl. Da vielerorts diese Verbindung als besonders geglückt bewertet wird, ist daraus ein internationaler Exportschlager geworden. Wir könnten ja noch ein werbewirksames Gütesiegel anhängen: Made in Germany.



Professor Dr. Friedrich Pukelsheim ist Professor für Stochastik und ihre Anwendungen am Institut für Mathematik der Universität Augsburg. Seit dem Jahr 2000 liegt der Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Tätigkeit auf der mathematischen Analyse von Wahlverfahren. Pukelsheim wird häufig als Experte zu parlamentarischen Anhörungen zum Thema Wahlrecht geladen. Er entwickelte das neue Zürcher Zuteilungsverfahren, nach seinem Schöpfer auch „doppelter Pukelsheim“ genannt. 1994 erhielt er gemeinsam mit Norman Draper den Max-Planck-Forschungspreis.

So wohnt Deutschland: Die Gebäude- und Wohnungszählung

Seit mehr als 20 Jahren fand 2011 wieder eine deutschlandweite Gebäude- und Wohnungszählung statt. Sie war Teil des Zensus 2011, mit dem die Einwohnerzahl Deutschlands nach langer Zeit auf eine neue Basis gestellt wurde. Ab jetzt findet der Zensus – also die Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung – alle zehn Jahre statt, so schreibt es eine EU-Verordnung vor.



In den westdeutschen Bundesländern war es das erste Mal seit 1987, in den neuen Bundesländern seit 1995: Viele Menschen mit eigener Wohnung oder eigenem Haus werden sich noch an die Fragebögen erinnern, die Anfang Mai 2011 in Millionen Briefkästen der Republik flatterten und darauf warteten, ausgefüllt zu werden. Bei früheren Volkszählungen strömten noch Interviewerinnen und Interviewer aus, um jeden Haushalt zu befragen. Im Zensus 2011 wurden möglichst alle vorhandenen Informationen aus Registern genutzt um die auskunftspflichtigen Bürgerinnen und Bürger weniger zu belasten und Verwaltungsausgaben deutlich zu senken. Da es aber in Deutschland keine Daten zum Gebäude- und Wohnungsbestand aus flächendeckenden Registern gibt, wurden bei der Gebäude- und Wohnungszählung alle Eigentümer und Verwalter angeschrieben.

Insgesamt war der Fragebogen für die Auskunftspflichtigen überschaubar und einfach zu beantworten. Aus Expertensicht hätte es noch weitere interessante und aktuelle Fragen zum Gebäude- und Wohnungsbestand und dessen Ausstattung gegeben wie zum Beispiel zur energetischen Sanierung, Barrierefreiheit oder

zu Mehrgenerationenhäusern (siehe auch Interview mit Henning Scherf auf Seite 26). In Deutschland hatte man sich allerdings strikt auf das von der EU vorgeschriebene Kern-Frageprogramm beschränkt, um die etwa 20 Millionen Auskunftspflichtigen zu entlasten.

Erfragt wurden Gebäudeart, Baujahr, Zahl der Wohnungen im Gebäude, Heizungsart und Eigentümerform des Gebäudes. Bei den Wohnungen interessierte vor allem die Wohnungsnutzung. Ist die Wohnung vermietet? Wird sie von Eigentümern genutzt oder steht sie leer? Außerdem wichtig waren die Angaben zur Wohnfläche und zur Anzahl der Räume. Viele der Befragten haben sich sicherlich gewundert, dass im Jahr 2011 noch nach dem Vorhandensein von WC und Bad in der Wohnung gefragt wird. Auch das war eine Vorgabe der EU-Verordnung: Der in Deutschland übliche Wohnstandard kann nicht für alle europäischen Länder vorausgesetzt werden, daher sind solche Fragen durchaus gerechtfertigt. Die Ergebnisse zeigen, dass es auch in Deutschland einen geringen Anteil an Wohnungen in älteren Gebäuden gibt, wo Bewohner aus ihrer Wohnungstür gehen müssen, um ein WC oder Bad zu nutzen.



*Wann
wurde das Haus
gebaut?*

*Wie wird
die Wohnung
genutzt?*

*Wem gehört
das Haus?*

*Wie viele
Wohnungen hat
das Haus?*

„Verwaltungsdaten nutzen“ klingt gut, ist aber in der Praxis gar nicht so einfach

Die große Herausforderung bei der Gebäude- und Wohnungszählung war, die Auskunftspflichtigen korrekt zu ermitteln. Mit dieser Arbeit begannen die statistischen Ämter des Bundes und der Länder schon zwei Jahre vor der eigentlichen Erhebung.

Verwaltungsdaten der Grundsteuerstellen und von Versorgungs- und Entsorgungsbetrieben halfen, für die Mehrzahl der Gebäude eine „zuständige Person“ zu ermitteln. Nur waren dies manchmal nicht die vom Zensusgesetz geforderten „Eigentümer und Eigentümerinnen, die Verwalter und Verwalterinnen, die sonstigen Verfügungs- und Nutzungsberechtigten der Gebäude oder Wohnungen“, sondern auch Mieter, Insolvenzverwalter, Nießbrauch- und Erbbauberechtigte, bis hin zu gesetzlichen Betreuern. Die berechtigte Forderung, bereits vorhandene Verwaltungsdaten „doch einfach“ zu nutzen, birgt in der Umsetzung einige Herausforderungen. Daten, mit deren Hilfe beispielsweise die Grundsteuer eingezogen oder die Müllgebühren abgerechnet werden, werden anders gehalten und gepflegt, als dies für statistische Zwecke hilfreich wäre. Nicht sel-

ten bleiben Einzugsermächtigungen oder Daueraufträge bestehen oder werden von Angehörigen bedient, ohne dass die entsprechenden Stellen eine Möglichkeit haben, ihre Namen und Anschriften aktuell zu halten. Es kam auch häufig vor, dass Gebäude oder Wohnungen bereits verkauft oder Anschriften fehlerhaft waren. So hat nicht jeder Fragebogen gleich die richtigen Empfänger erreicht.

Die Anforderung: Ein kurzer, verständlicher Fragebogen, der alle möglichen Besonderheiten für Gebäude und Wohnungen berücksichtigt

Lange vor der eigentlichen Befragung wurde der Fragebogen entwickelt, wobei ganz unterschiedliche Anforderungen unter einen Hut gebracht werden mussten. Die Fragen und Antwortkategorien mussten die EU-Verordnung erfüllen und eine Vergleichbarkeit mit früheren Gebäude- und Wohnungszählungen gewährleisten. Sie mussten auf Anhieb verständlich sein und möglichst alle individuellen Besonderheiten berücksichtigen, die bei Gebäuden und Wohnungen auftreten können. Auch der Umfang des Fragebogens spielte eine wichtige Rolle. Bei über 20 Millionen verschickten Bögen mussten Papier und Porto gespart werden und trotzdem alle technische Vor-



aussetzungen zum maschinellen Einlesen gewährleistet sein. Dabei durfte das wichtigste Ziel nicht aus den Augen verloren werden: Die Auskunftspflichtigen sollten gut damit zurechtkommen und alle Fragen möglichst richtig beantworten. Deshalb wurden mit dem Bogen im Vorfeld sorgfältige Tests mit Befragten durchgeführt.

Trotz aller Bemühungen haben die speziellen Begriffsdefinitionen der amtlichen Statistik bei vielen Befragten zu Rückfragen geführt. Das fing schon beim Begriff „Gebäude“ an: Die amtliche Statistik meint mit „Gebäude“ genau den Teil eines Baukomplexes, der sich hinter einem Gebäudeeingang verbirgt. Ein ganzer Gebäuderiegel, also eine Häuserzeile – optisch wie ein Bauwerk aussehend – kann also aus dem Blickwinkel der Statistik aus mehreren Gebäuden bestehen.

In den Wochen nach dem 9. Mai 2011 gingen allein beim Statistischen Bundesamt mehrere Tausend schriftliche und telefonische Anfragen zur Gebäude- und Wohnungszählung ein. Dabei ging es meist um inhaltliche Fragen. Ist eine elektrische Fußbodenheizung als Zentralheizung anzugeben? Wie viele Räume werden für eine Wohnung gezählt, die eigentlich aus zwei durch einen Wanddurchbruch miteinander verbundenen Doppelhaushälften besteht? Manche Paare hatten für ein und dasselbe Haus jeweils einen eigenen Fragebogen erhalten. Dies war der Fall, wenn beide Partner bei der Grundsteuer aufgeführt waren. Da die amtliche Statistik nicht a priori weiß, ob diese zwei Personen gemeinsam Eigentümer ein und desselben Objektes sind, oder aber Eigentümer von zwei separaten Wohnungen in einem Mehrfamilienhaus, wurden beide Personen getrennt angeschrieben. Sowohl das Ausfüllen beider Fragebögen in identischer Weise als auch nur das Ausfüllen eines der Bögen war dann zulässig.

Eine Menge Holz: Die Verarbeitung von 21 Millionen Fragebögen, davon zwei Drittel auf Papier

Alle Befragten hatten die Möglichkeit, die Fragen nicht auf dem Papierfragebogen, sondern online zu beantworten. Dieser Service

wurde gut angenommen: 7 Millionen Fragebögen wurden per Internet ausgefüllt. Dazu kamen 14 Millionen Papierfragebogen, die auf dem Postweg übermittelt wurden.

Der gesamte Dateneingang wurde komplett maschinell verarbeitet, registriert und Seite für Seite eingelese. Die gescannten Zeichen wurden durch eine Software interpretiert und zu einem Datensatz zusammengestellt. Diese Datensätze wurden in eine zentrale Datenbank im Statistischen Landesamt Sachsen übertragen. Bei fehlendem Rücklauf von einem Auskunftspflichtigen wurde ein Mahnschreiben versendet, beim zweiten Mahnschreiben mit der Androhung von Zwangsgeld.

Anschließend wurde geprüft, ob zu jedem Gebäude vollständige und schlüssige Daten übermittelt wurden. War dies nicht der Fall, mussten die vorhandenen Fehler korrigiert und die fehlenden Angaben ergänzt werden. Dies geschah überwiegend mit maschinellen statistischen Verfahren. Dasselbe galt für komplett ausgefallene Gebäude: Wenn auch nach mehrfacher Mahnung keine Antwort erfolgte oder für ein Gebäude absolut keine Auskunftspflichtigen gefunden werden konnten, wurde ein ähnliches Gebäude aus der Nachbarschaft ermittelt und dessen Daten für das fehlende Gebäude verwendet. Diese Angaben wurden teilweise später durch Begehungen vor Ort überprüft.

Warum sich der ganze Aufwand gelohnt hat

Auch wenn manche Befragte der Meinung waren: „... diese ganzen Daten hat die Statistik doch alle schon!“ Die neuen Daten sind für vielfältige Zwecke dringend notwendig. Denn seit über 20 Jahren stützte man sich für die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes sowie für Hochrechnungen anderer Statistiken auf die mittlerweile veralteten Basisdaten von 1987 und 1995. Höchste Zeit, diese Basisdaten zu aktualisieren. Stadt- und raumplanerische Entwicklungen können nun besser beurteilt werden. Beispielsweise liegen jetzt Infor-

mationen vor, in welchen Regionen seit 1987 neue Wohnungen entstanden sind oder überdurchschnittlich viele Wohnungen leer stehen.

Im Frühjahr 2013 wurden erste Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung mit weiteren Ergebnissen des Zensus 2011 der Öffentlichkeit präsentiert: Kennzahlen zum Gebäude- und Wohnungsbestand und der Wohnungsnutzung, zum Beispiel wie viele Wohnungen in Deutschland vermietet, von Eigentümern bewohnt werden oder leer stehen. Die Informationen waren für Bund, Länder, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden verfügbar und wurden nach der Pressekonferenz am 31. Mai 2013 von Presse, Wissenschaft, Verbänden oder Unternehmen im Umfeld der Wohnungswirtschaft rege nachgefragt.

Der nächste Auswertungsschritt: Wie sehen Haushalte in Deutschland aus und wie wohnen sie?

Wie nutzen reale Haushalte ihre Wohnungen? Dazu ist ein weiterer Schritt, die sogenannte Haushaltgenerierung, erforderlich. Dabei werden u. a. Daten aus den Melderegistern, Informationen aus der Haushaltsstichprobe des Zensus sowie Angaben zu den Bewohnerinnen und Bewohnern einer Wohnung genutzt, um Personen zu Haushalten zusammenzufassen und diese konkreten Wohnungen zuzuordnen, die in der Gebäude- und Wohnungszählung erhoben wurden.

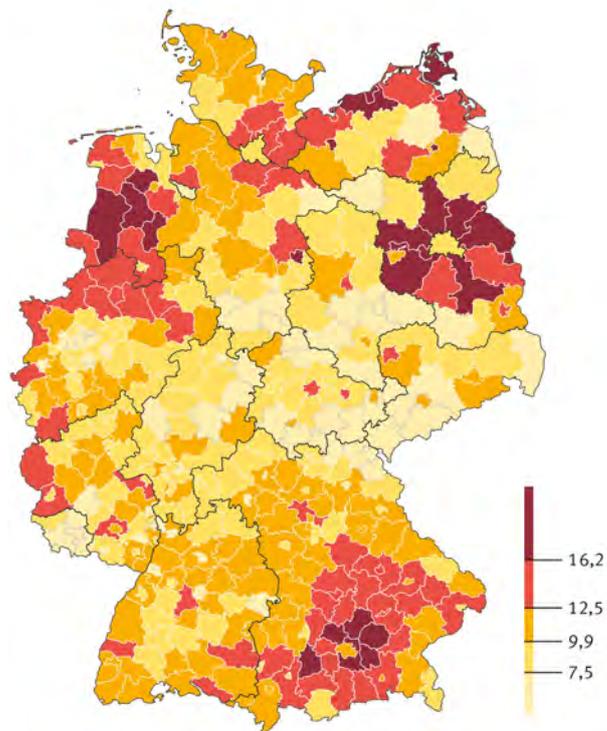
Mitte 2014 ist das Verfahren abgeschlossen, dann ist es auch möglich, Aussagen darüber zu treffen, wie sich die Haushalte in Deutschland zusammensetzen und wie sie wohnen. Dabei werden immer diejenigen Personen als Haushalt betrachtet, die zusammen in einer Wohnung leben, unabhängig davon, in welchem Verhältnis sie zueinander stehen oder ob sie gemeinsam „wirtschaften“. Dann kann die Wohnsituation von Familien mit einem Kind, zwei oder mehr Kindern, diejenige von Singles, Paaren und Senioren detailliert untersucht werden: Wie viel Wohnfläche steht einem Haushalt oder einer Person zur Verfügung? Wie viele Räume nutzen sie? Welche Art von Haushalten wohnt eher in älteren oder eher in neueren Wohnungen? Wer lebt zur Miete und wer in den eigenen vier Wänden? Wie verteilen sich die Wohnverhältnisse der Haushalte regional auf Ost und West, Stadt und Land?

Um ihren Themen und Bedürfnissen gerecht zu werden, laden wir Sie ein, die Zensusdatenbank im Internet zu besuchen, in der Sie die Zahlen einfach abrufen und als thematische Karte ansehen können. Viel besser als auf Papier stehen die Ergebnisse dann auch zur Weiterverarbeitung zur Verfügung.

Der große Pluspunkt der Gebäude- und Wohnungszählung 2011: Die Daten sind die einzigen derzeit verfügbaren flächendeckenden Bestands- und Nutzungsdaten für Wohnungen, die bis auf Gemeindeebene vorliegen. In der Zensusdatenbank können Sie nach Ihrem jetzigen oder vielleicht sogar zukünftigen Wohnort suchen und sich ein detailliertes und objektives Bild von der jeweiligen Wohnsituation machen, ganz unvoreingenommen von den Bildern der Immobilienanbieter.

So wohnt Deutschland – Neubauten

Wohngebäude, die seit 2000 gebaut wurden, Anteil an allen Wohngebäuden in %



(Ergebnisse für Landkreise und kreisfreie Städte zum 9. Mai 2011)

www.destatis.de/zensuskarte/index.html

Bauen, kaufen, mieten: Daten zur Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt

In unserem Internetangebot finden Sie Informationen zur Entwicklung der Häuserpreise, Preise für Bauleistungen, Wohnungsmieten, zum Gebäude und Wohnungsbestand sowie zur Wohnsituation privater Haushalte.

www.destatis.de

- Preise – Bau- und Immobilienpreise
- Preise – Verbraucherpreisindex
- Bauen
- Wohnen – Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung

www.zensus2011.de

Zensusdatenbank – Wohnungen

Im Interview: Dr. Henning Scherf

Bürgermeister a. D. der Hansestadt Bremen

Herr Dr. Scherf, nach Ihrer Amtszeit als Bremer Bürgermeister haben Sie verschiedene Bücher veröffentlicht, die den demografischen Wandel zum Thema haben. Was sind ihre aktuellen Projekte?

Ich bin momentan ständig unterwegs auf Vortragsreisen und sehr positiv überrascht, wie viele Menschen sich für meine Themen interessieren. Dabei geht es immer darum, wie wir in einer durch den demografischen Wandel veränderten Gesellschaft klarkommen. Die Menschen wollen von mir nicht nur hören wie ich damit intellektuell umgehe, sondern wie ich das selbst lebe. Dann erzähle ich über meinen Alltag, meine Lust am Singen – ich bin ja auch Präsident des deutschen Chorverbandes – am Malen, am Rennradfahren und am Segeln. Ich habe gerade eine Überfahrt von Grönland mit einem Orkan überstanden. Ich erzähle den Leuten von unserem Mehrgenerationenhaus, in dem meine Frau und ich seit 1987 wohnen. Ich erzähle darüber wie es zusammengesetzt ist, mit alten und jüngeren Leuten – unser ältester Bewohner ist 80 Jahre alt. Die Leute wollen wissen, wie unser Alltag aussieht, was wir gemeinsam machen und wie unser Zusammenleben funktioniert. Ich erzähle von meinen Erfahrungen mit Mehrgenerationenprojekten – ich habe ja inzwischen einen Überblick über hunderte solcher Projekte. Man kann sagen, ich bin bei einer Alternative zu den traditionellen Pflegekonzepten gelandet. Hochattraktiv, mit langen Wartelisten. Die Leute wollen zu wohnortnahen, vertrauten Adressen,

wo sie Kontakt zu Nachbarn, Kindern und Verwandten halten können. Das sind Projekte, die ich mir anschau und über die ich schreibe.

Das Ausmaß des demografischen Wandels wurde in der Bevölkerungsstatistik ja schon lange vorausberechnet. Heute ist jeder Fünfte über 65 Jahre alt, 2060 wird jeder Dritte in Deutschland über 65 Jahre alt sein. Ist das Thema aus Ihrer Sicht in Politik und Gesellschaft angekommen?

Jeder hat es noch nicht kapiert, aber immer mehr (lacht). In der Wirtschaft gibt es immer mehr Firmen, die Leute für die Personalabteilung einstellen, die den demografischen Wandel in der Personalpolitik umsetzen. Man muss Leute länger halten mit ihren Qualitäten und ihrer Qualifikation um gute Produkte abzuliefern. Da es nicht genug junge Qualifizierte gibt, kümmern sie sich um die, die sie haben und sorgen dafür, dass sie bleiben. Dieser Wandel wird weitergehen. Das faktische Rentenalter steigt. Daraus entnehme ich, dass es bei vielen angekommen ist. Im Beamtenrecht kann man im Einvernehmen Leute über das 65. Lebensjahr hinaus beschäftigen. Aus meiner Sicht ist auch ein Rentenalter von 67 Jahren noch nicht das Ende. Es ist unstrittig, dass man die Rente mit 70 in die Überlegungen einbeziehen muss. Anderer-

seits gibt es die Bemühungen der Gewerkschaft, die eine Rente mit 63 durchsetzen wollen. Berechtigtes Ziel ist es hier, Menschen mit langen Erwerbsbiografien von 40 Jahren und mehr zu garantieren, dass sie ohne Abschlüge in die Rente kommen.

Wir müssen mit dem längeren Leben aber nicht nur als rechnerische Größe sondern auch als biografisch veränderte Größe umgehen. Es gibt immer mehr Leute, die länger arbeiten wollen. Heute fühlen sich die 70-Jährigen im Durchschnitt 13 Jahre jünger, als sie sind. Solche Typen wie ich fühlen sich sogar noch jünger (lacht). Die Verlängerung der Lebensverlängerung heißt allerdings nicht, dass man gleichzeitig eine längere Pflegezeit hat, das zeigen auch Ihre Daten. Die Alten bleiben erstaunlich vital. Vielleicht liegt es an den langen Friedenszeiten, an der Ernährung oder der medizinischen Versorgung. Man muss weg von der Vorstellung, dass Altwerden verknüpft ist mit länger im Bett liegen, den Kindern auf die Nerven gehen und ihnen auf der Tasche liegen. Alt sein ist eine Chance für die, die es werden und diejenigen, die diese unternehmungslustigen und psychisch starken Alten integrieren. Die Berufstätigen in der Mitte des Lebens können sich freuen, wenn sie von den Alten entlastet werden, die mit ihren Enkeln etwas unternehmen.





Allerdings haben die Menschen mit zunehmendem Alter auch stärker mit gesundheitlichen Einschränkungen zu kämpfen. Nur noch ein knappes Viertel der Seniorinnen und Senioren ab 75 Jahren schätzt auf Basis der Studie „Leben in Europa“ den eigenen Gesundheitszustand als gut ein. Da in Zukunft immer mehr Menschen in diese Altersphase eintreten, besteht für 2025 ein Mehrbedarf von 152 000 Pflegekräften.

Mit solchen Prognosen muss man vorsichtig sein, weil die Ansprüche der Leute nicht mehr in Richtung Vollpflege in krankenhaushähnlichen Einrichtungen gehen. Das hat hier in Bremen zur Pleite verschiedener Träger geführt. Nach meiner Wahrnehmung wollen über 90% der Menschen da alt werden, wo sie zu Hause sind. Die Leute wollen nicht so früh wie möglich ins Altersheim – sie wollen wenn möglich gar nicht ins Altersheim! Es kann also nicht darum gehen, neue Pflegeheime zu bauen, sondern die ambulante Pflege auszubauen. Das muss man gegen die Pflegeindustrie von Trägern wie Caritas und anderen durchsetzen. Die haben viel investiert und beschäftigten Hunderttausende Arbeitskräfte. Es muss

umgedacht werden, denn stationär ist die Pflege zukünftig nicht zu finanzieren und zu organisieren. Wir müssen daran arbeiten in den Nachbarschaften integrierte Plätze zu schaffen, wo Pflegebedürftige sich gegenseitig stützen können. Man muss zum alltäglichen Miteinander nicht immer Profis haben. Sie brauchen Familienangehörige und Freunde, die regelmäßig kommen. Leute, die beim Saubermachen und Kochen helfen. Da hinein braucht es dann eine professionelle Pflege, die auch mit dem Arzt korrespondiert. Daraus entsteht ein Mix, der anders ist, als im Pflegeheim und viel kostengünstiger.

Die ambulante Pflege hinkt hinterher, weil das meiste Geld aus der Pflegekasse in geschlossene Einrichtungen geht. Der Minderanteil geht in die ambulante Pflege, obwohl nach Zahlen Ihres Hauses mehr als zwei Drittel der Pflegebedürftigen ambulant versorgt werden und nur ein Drittel in Pflegeheimen vollstationär betreut werden. Die Bedürfnisse der Menschen und die Angebotsstruktur stimmen nicht überein. Die Finanzierung trifft die falschen Angebote. Der Markt wird das nicht regeln, da braucht man einen richtigen Paradigmenwechsel. Ich hoffe, dass sich die GroKo damit beschäftigt, es wird jedenfalls im Koalitionsvertrag thematisiert. Ich bin Vorsitzender der Bosch-Stiftung, die jährlich den Alterspreis vergibt. Da gibt es hochspannende Projekte und Ansätze zur Pflege, da kommt die Pflegeindustrie gar nicht mehr mit.

Sie leben selbst in einem Mehrgenerationenwohnprojekt. In ihrem neuen Buch schreiben Sie, dass diese Lebensform ihrer Meinung nach der Trend für das Leben im Alter ist – es gibt allerdings keine belastbaren Zahlen. In den letzten 20 Jahren ist der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte, also der Haushalte in denen mindestens zwei Generationen leben, laut Mikrozensus um 10 Prozentpunkte zurückgegangen und lag 2012 bei 29%.

Das sind die klassischen Familienstrukturen, die sich durch gesteigerte Mobilität mehr und mehr auflösen. Junge Menschen ziehen dorthin, wo sie Arbeit finden. Sie

ziehen nicht weg, weil sie die Alten nicht mehr leiden können. Die einzige Antwort auf diese Entwicklung sind Mehrgenerationenmilieus, also Sozialräume mit unterschiedlichsten Menschen und Interessen. Eltern mit ihren Kindern finden dort Unterstützung durch Ältere und die freuen sich, das Leben in der Bude ist. Das können wie in meinem Fall mehrere eigene Haushalte in einem Haus sein zwischen denen enge Kontakte untereinander bestehen. Wir sind ein Haus mit selbstständigen Wohneinheiten aber wir teilen ein Auto, eine Werkstatt, einen Weinkeller, einen gemeinsamen Garten und bewirtschaften sogar gemeinsam zwei Feriendomizile. Wir haben in unserer Gemeinschaft schon zwei Sterbende betreut, ohne Pflegedienste. So ein Konzept kriegen Sie durch die herkömmlichen Haushaltsbefragungen gar nicht abgebildet.

Ich war kürzlich in Bochum. Dort hat die Stiftung Matthias Claudius auf dem Gelände der ehemaligen Müllbetriebe ein schmuckes Wohnprojekt mit mehreren Generationen geschaffen, auf das ganz Bochum stolz ist. Das Projekt hat den Innovationspreis des Wissenschaftsministeriums bekommen. Das wollen andere Kommunen auch. Die Kommunen und Wohnungsbau-gesellschaften haben verstanden, dass der Trend in diese Richtung geht. Solche Mehrgenerationenwohnprojekte müssen sie mit ihren Statistiken erfassen. Nicht nur traditionelle Wohnformen, die wegbrechen, weil sie nicht mehr zeitgemäß sind. In den Koalitionsvereinbarungen redet man immer von sozialräumlichen Konzepten. Es muss von der Politik ganz konkret definiert werden was man darunter versteht, damit man das Angebot, den Bedarf und Nachfrage genau erfassen kann.

Auf der Basis von Daten des Zensus 2011 können wir in naher Zukunft Aussagen dazu machen, wie einzelne Haushaltstypen in Deutschland – zum Beispiel Seniorenhaushalte – wohnen. Inwieweit sind solche Daten für Sie interessant?

Das ist sicherlich von allgemeinem Interesse, aber für mich steht eher im Fokus: Welche Beziehungen haben alleinlebende Ältere zu anderen? Kocht man zusammen?

Macht man gemeinsame Unternehmungen? Beteiligen sie sich an der Kindererziehung anderer? Auch in meinem Projekt hat jeder seinen eigenen Haushalt – wir sind sechs Haushalte sowohl Singles als auch Paare. Wir kochen der Reihe nach für die anderen, frühstücken immer samstags zusammen und machen gemeinsame Unternehmungen.

Das geht ja deutlich über das Thema Wohnen hinaus, die soziale Einbindung von Älteren könnte man über die Zeitverwendung abbilden.

Ja, das ist ein Ansatz. Allerdings müssen dabei auch Aspekte mit einbezogen werden, die sich nicht quantitativ abbilden lassen. Ihr Haus liefert den grundlegenden Datensockel für viele Forschungen. Ohne die Berücksichtigung Ihrer Daten geht es nicht. Aber wenn man zu qualifizierten Aussagen kommen will, muss man zusätzlich qualitative Methoden anwenden. Ein Beispiel dafür ist die aktuelle Studie zu Hundertjährigen des Instituts für Gerontologie in Heidelberg. Die Wissenschaftler haben die Hundertjährigen systematisch begleitet und herausgefunden, was sie am Leben erhält, was sie können und welche psychischen Stärken sie haben. Natürlich haben sie Krankheiten, aber die kompensieren sie mit ihrer psychologischen Kompetenz. Diese Studie hat mich sehr begeistert.

Statistisch gesehen konsumieren Senioren gerne, sie fahren zum Beispiel im Vergleich zu anderen Altersgruppen überdurchschnittlich oft einen Neuwagen oder verreisen viel. Andererseits zeigt der Freiwilligensurvey, dass immer mehr Ältere ehrenamtliche Tätigkeiten aufnehmen. Wie passt das zusammen?

Über diese Entwicklung bin ich begeistert! Es werden zum Beispiel innerhalb von Kirchengemeinden Bildungsreisen mit Freunden oder Gruppen organisiert. Es geht ja beim Reisen nicht nur um Konsum sondern auch um das Entdecken von Neuem. Viele der jüngeren Alten sind vital, haben keine finanziellen Belastungen mehr, die Kinder sind aus dem Haus, das Haus ist abgezahlt. Viele können in diesem Lebensabschnitt über mehr Geld verfügen, als sie je in ihrem Leben hatten!

Wir haben in Bremen mehr Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen als Plätze, die wir vermitteln können. Die Alten wollen ja auch etwas Sinnvolles machen, nicht nur irgendwo Laub harken. Sie wollen gemocht und wertgeschätzt werden. Ich lese jede Woche mit meinen Freunden in einer Grundschule vor. Das ist eine feste Institution und die Kinder lieben uns. Eine Grundschule mit 70% Migrantinnen und wir bringen uns da ein – großartig!

Wie bringen Sie all diese Aktivitäten und Ämter zeitlich unter einen Hut?

Ich habe neben der Präsidenschaft im deutschen Chorverband und meiner Beirats-tätigkeiten beim Max-Planck-Institut für Demografische Forschung in Rostock sowie meiner Arbeit bei der Bosch-Stiftung noch weitere ehrenamtliche Posten. Das kann ich nur schaffen, weil ich von engagierten Hauptamtlichen begleitet werde und eine gute Infrastruktur in den einzelnen Institutionen vorhanden ist.

Sie haben in ihrem neuen Buch „Mehr Leben – Warum Jung und Alt zusammengehören“ an vielen Stellen Daten des Statistischen Bundesamtes verwendet. Wie recherchieren Sie Daten? Finden Sie sich in unserem Internetangebot auf Anhieb zurecht?

Meine Frau kennt sich gut aus, was die Recherche im Internet angeht. Bei uns im Haus sind die Frauen generell versierter, was das angeht (lacht). Ich suche mir aber auch gezielt Studien wie den neuen Altenbericht – das ist für mich eine richtige Bibel und darin werden Sie ständig zitiert. Aus solchen Berichten entnehme ich Ihre Daten. Außerdem werden mir regelmäßig Veröffentlichungen von Forschungsinstituten geschickt, die ich mit großem Interesse lese. Mein Anspruch ist es allerdings nicht Wissenschaft zu produzieren, sondern mitzudenken.

„Man muss weg von der Vorstellung, dass Altwerden verknüpft ist mit länger im Bett liegen, den Kindern auf die Nerven gehen und ihnen auf der Tasche liegen.“



Der promovierte Jurist **Dr. Henning Scherf** war von 1995 bis 2005 für die SPD Bürgermeister und Präsident des Senats der Hansestadt Bremen. Seit 2005 ist Scherf Präsident des deutschen Chorverbandes und unterstützt darüber hinaus verschiedene gemeinnützige Organisationen und Stiftungen. Der 75-Jährige lebt in Deutschlands berühmtester Mehrgenerationen-WG und ist Autor verschiedener Bücher zum demografischen Wandel, darunter „Grau ist bunt“, „Gemeinsam statt einsam“, und „Mehr Leben – Warum Jung und Alt zusammengehören“.

Politikberatung

Die Daten des Statistischen Bundesamtes sind unerlässlich für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse. Unsere Beispiele zeigen, wo und wie Daten und Analysen im Politikbetrieb genutzt werden.



1

Außenhandelsdaten *Weit mehr als Export und Import*

Die Außenhandelsstatistik stellt monatlich Daten zu den Ausfuhren und Einfuhren Deutschlands zur Verfügung. Politische Entscheidungsträger greifen für internationale Verhandlungen bei Freihandelsabkommen oder der Festlegung von Zollsätzen auf diese Statistiken zurück. Unternehmen helfen sie bei der Durchführung von Marktstudien und der Festlegung ihrer Handelsstrategie. Außenhandelsstatistiken sind außerdem eine unverzichtbare Informationsquelle für Zahlungsbilanzstatistiken, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder Konjunkturanalysen.

2

Krankenhausbehandlungen *Zahl der Operationen steigt*

Knapp 51 Millionen Operationen und medizinische Prozeduren wurden im Jahr 2012 durchgeführt. Insgesamt wurden rund 19 Millionen Patientinnen und Patienten vollstationär in den Krankenhäusern behandelt. Die Ergebnisse der Krankenhausstatistik stehen repräsentativ für die Gesundheitsversorgung in Deutschland und werden für vielfältige administrative und politische Entscheidungen beispielsweise im Rahmen der Krankenhausplanung und für internationale Vergleiche der Gesundheitssysteme herangezogen.

3

Armutsbekämpfung *Kernziel europäischer Sozialpolitik*

Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen in der EU soll bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Millionen Menschen verringert werden, so ein Kernziel der Europa 2020-Strategie. Bewertungsgrundlage zur Messung der Fortschritte ist ein 2010 eingeführter, aus drei Teilen zusammengesetzter Sozialindikator. Das Statistische Bundesamt stellt diesen Indikator aus der Erhebung über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC) bereit.



1

Außenhandelsdaten *Weit mehr als Export und Import*

Die monatlichen Außenhandelsstatistiken sind ein Schlüsselindikator für die Wirtschaftsentwicklung vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung und damit ein wichtiges Instrument für zahlreiche öffentliche und private Entscheidungsträger. Sie ermöglichen nationalen und internationalen politischen Entscheidungsträgern die Vorbereitung internationaler Verhandlungen bei Freihandelsabkommen oder der Festlegung von Zollsätzen. Außenhandelsstatistiken helfen Unternehmen bei der Festlegung ihrer Handelsstrategien und bei der Erschließung neuer Märkte. Sie sind außerdem eine unverzichtbare Informationsquelle für Zahlungsbilanzstatistiken, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder Konjunkturanalysen.

Es werden heute mehr Waren auf internationaler Ebene gehandelt als jemals zuvor. Im Jahr 2012 belief sich der Welthandel auf 18,4 Billionen US-Dollar. Den inoffiziellen Titel des Exportweltmeisters erzielte im Jahr 2012 die Volksrepublik China. Aus China wurden Waren im Wert von 2,0 Billionen US-Dollar exportiert. Hinter den Vereinigten Staaten mit Exporten in Höhe von 1,5 Billionen US-Dollar erreichte Deutschland den dritten Platz mit Exporten in Höhe von 1,4 Billionen US-Dollar. Der weltweite Handel hat sich seit dem Jahr 2000 fast verdreifacht und immer mehr Länder neh-

men am Welthandel teil. Umso wichtiger sind verlässliche Daten zu den Warenströmen. Diese Daten stellt das Statistische Bundesamt monatlich in unterschiedlichen Gliederungen den Nutzern zur Verfügung.

Die Europäische Kommission nutzt die Außenhandelsdaten für die Planung der Handelspolitik in Europa, sowie für den Abschluss von Handelsvereinbarungen mit der Welthandelsorganisation (WTO) oder anderen Nicht-EU-Mitgliedstaaten. Außenhandelsdaten dienen derzeit als Grundlage für die Gespräche über ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten. Gegenwärtig steht der hohe deutsche Ausfuhrüberschuss im Mittelpunkt internationaler Diskussionen. Im Jahr 2013 erzielte Deutschland einen Exportüberschuss von 198 Milliarden Euro. Das war der bisher höchste Exportüberschuss Deutschlands. Die EU-Kommission hat wegen der anhaltend hohen Außenhandelsüberschüsse Deutschlands ein „Überprüfungsverfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten“ („Macroeconomic Imbalance Procedure“) eingeleitet. Aufgrund der hohen Ausfuhrüberschüsse Deutschlands werden wirtschaftliche Ungleichgewichte und negative Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft befürchtet.

Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (UN), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Welthandelsorganisation (WTO) nutzen die Außenhandelsdaten um die Wirtschaftslage eines Landes einschätzen zu können.

Auf nationaler Ebene ist ein Hauptnutzer das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), um die konjunkturelle Situation zu bewerten und die Wirtschaftspolitik festlegen zu können. Das Auswärtige Amt verwendet die Daten der Außenhandelsstatistik, um die Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern analysieren zu können, ebenso wie die ausländischen Botschaften und Konsulate in Deutschland. Die Wirtschaftsministerien der Bundesländer verwenden die Außenhandelsstatistiken um auf regionaler Ebene die Ausfuhr der Unternehmen zu fördern und zu unterstützen. Für die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank sind die Außenhandelsstatistiken unverzichtbarer Bestandteil der Zahlungsbilanzstatistiken. Wirtschaftsverbände und Unternehmen fordern Außenhandelsdaten hauptsächlich in sehr detaillierten

Gliederungen an. Hier dienen die Außenhandelsergebnisse für Marktanalysen und die mögliche Erschließung neuer Absatzmärkte.

Bei der Betrachtung des deutschen Außenhandels fällt auf, dass die Europäische Union für den Absatz deutscher Waren im Laufe der Jahre relativ an Bedeutung verloren hat. Im Jahr 2000 gingen 65% der deutschen Exporte in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Im Jahr 2013 wurden nur noch 57% der deutschen Waren in die EU versandt. Demgegenüber versiebenfachten sich die Exporte nach China im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2000. Die deutschen Exporte nach Russland verfünffachten sich. Die deutschen Exporte nach Frankreich, dem wichtigsten deutschen Handelspartner, stiegen im gleichen Zeitraum um knapp 50% an.

Doch wird auch alles, was aus Deutschland exportiert wird, auch in Deutschland hergestellt? Seit der zunehmenden Globalisierung der Handelsströme und immer mehr weltweit operierenden Konzernen reichen Gewicht und Wert der Exporte und Importe zur Beschreibung der tatsächlichen Entwicklungen der Handelsströme nicht mehr aus. Unter dem Schlagwort „Basarökonomie“ wurde in der Volkswirtschaftslehre eine These entwickelt, die diese Entwicklungen beschreiben soll. Viele Waren werden nicht mehr in einem einzigen Land hergestellt und danach exportiert, sondern viele unterschiedliche Länder sind am Herstellungsprozess beteiligt. Bei der Herstellung einer technisch hochwertigen Ware sind zu einem Großteil Vorprodukte aus anderen Ländern enthalten. Im Jahr 2010 lag der Importanteil an den deutschen Exporten, also die in den Warenexporten enthaltene ausländische Wertschöpfung, bei knapp 46%. Beim Export der Waren geht jedoch der Gesamtwert als deutsche Ausfuhr in die Außenhandelsstatistik ein. Wie hoch der Anteil der Vorleistungsgüter aus den anderen Ländern ist, wird in der klassischen Außenhandelsstatistik nicht berücksichtigt. Um hier differenziertere Daten für die Analyse der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen zur Verfügung zu stellen, wurde ein System von Globalisierungsindikatoren entwickelt, die unterschiedliche Aspekte der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen aus deutscher Sicht beleuchten. Sie messen nicht nur die allgemeine Bedeutung der Exportwirtschaft sowie die Export- und Importabhängigkeit sondern geben auch Auskunft über den Importanteil der Exporte, grenzüberschreitende Unternehmensverbindungen, Verkehrsträger sowie den Einfluss des Außenhandels auf die Umwelt.



2 Krankenhausbehandlungen Zahl der Operationen steigt

In Deutschland werden Patienten so oft im Krankenhaus behandelt wie in kaum einer anderen Industrienation. Auch die Zahl der operativen Eingriffe ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Vermehrt werden Bandscheibenoperationen und Kaiserschnittverbindungen durchgeführt oder Endoprothesen und Herzschrittmacher eingesetzt. Die Auswahl ließe sich weiter fortsetzen. Führen finanzielle Anreize dazu, dass die Zahl der gut planbaren und lukrativen Eingriffe steigt? Verbessert sich durch die hohe Anzahl an Eingriffen auch die Lebensqualität und -erwartung im internationalen Vergleich? Spielt möglicherweise der demographische Wandel mit einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft die zentrale Rolle? Oder ist es der medizinisch-technische Fortschritt mit neuen Behandlungsverfahren, der allen Patientinnen und Patienten einen Zugang zur Spitzenmedizin auf hohem Niveau ermöglicht?

Gerade bei solch komplexen Sachverhalten wie dem Versorgungsgeschehen im Gesundheitswesen sind das Bauchgefühl oder Vermutungen nicht immer der beste Ratgeber. Vor allem wenn die Daten weit über die Grenzen Deutschlands hinaus auf hohes Interesse stoßen, wie internationale Vergleichsstudien zeigen. Eine verlässliche und objektive Datengrundlage, die Transparenz im Behandlungsgeschehen schafft, ist deshalb unerlässlich.

Zahlen zur Häufigkeit von Krankenhausbehandlungen und Operationen sind nur ein Baustein aus dem umfangreichen Portfolio des Statistischen Bundesamtes im Bereich der stationären Versorgung. Das Angebot umfasst insbesondere zentrale Struktur- und Leistungsdaten der Einrichtungen, Informationen zur personellen und apparativen Ausstattung und zum fachlich-medizinischen Angebot. Differenzierte regionale Informationen zum Gesundheitszustand und zur Gesundheitsversorgung der Bevölkerung stehen ebenfalls zur Verfügung. Angaben zu Erlösen und Kosten, die Aussagen über die Wirtschaftlichkeit und angemessene Auslastung der Einrichtungen erlauben, runden das Datenangebot ab.

Gerade der stationäre Gesundheitssektor steht häufig vor Veränderungen und muss neue Herausforderungen meistern. Zudem nimmt die Bedeutung der Gesundheit als wichtiges Querschnittsthema für die Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter zu. Dementsprechend steigt auch der gesellschaftliche und politische Informationsbedarf an amtlichen Gesundheitsdaten speziell zum stationären Bereich. Um den laufenden aktuellen Entwicklungen gerecht zu werden, ist eine umfangreiche Revision und Anpassung der Rechtsgrundlage für die amtlichen Krankenhausstatistiken zurzeit in Vorbereitung. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat dazu umfangreiche Vorschläge zur Neuaufnahme, Änderung und Streichung von Merkmalen der Krankenhausstatistik erarbeitet. Dabei soll die Krankenhausstatistik als Ganzes neu definiert werden, um das reale Geschehen in der stationären Gesundheitsversorgung wieder vollständig abbilden und alle Fragestellungen in der gewünschten Tiefe behandeln zu können. Insbesondere sollen die vorhandenen Statistiken aus klassischer Krankenhausstatistik und fallpauschalbezogener Krankenhausstatistik (DRG-Statistik) inhaltlich und technisch verzahnt werden. Eine Veröffentlichung von Ergebnissen der revidierten Krankenhausstatistik auf neuer gesetzlicher Grundlage ist für das Jahr 2017 geplant.

Daten rund um die Gesundheit informieren über einen lebensnahen Themenbereich und spiegeln die Vielfalt der Gesundheit in ihren unterschiedlichen Dimensionen wider. Quelle dieser Daten sind verschiedene Gesundheitsstatistiken, für die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eigene Erhebungen durchführen. Sie nutzen aber auch Sekundärdaten aus bereits vorhandenen Quellen, die mit Blick auf die Fragestellung neu

verknüpft werden, um die gewünschten statistischen Größen zu ermitteln. Nicht alles, was die Statistik in Erfahrung bringen will, muss sie eigens erheben.

Gesundheitsbezogene Daten werden hauptsächlich von den Gesundheits- und Sozialministerien genutzt: Für die Sicherstellung einer bedarfsgerechten und leistungsfähigen Versorgung der Bevölkerung benötigen sie die Daten unter anderem im Rahmen der Krankenhausplanung und -finanzierung. Zur Fortschreibung von Kennziffern im Rahmen der nationalen und internationalen Gesundheitsberichterstattung und für internationale Ländervergleiche werden die Daten von der Europäischen Kommission, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nachgefragt. Spitzen- und Landesverbände der Krankenkassen und Krankenhausgesellschaften, Medizinervereinigungen sowie weitere nationale Organisationen und Interessenverbände nutzen die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Ziele. Nicht zuletzt verwenden Krankenhäuser oder Krankenhausverbände die amtlichen Daten, um sich selbst oder ihre Marktstellung zu evaluieren.

Darüber hinaus greifen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für eigene und unabhängige wissenschaftliche Forschungszwecke über die Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder auf eine breite Infrastruktur zentraler Mikrodaten der amtlichen Statistik zurück. Mit diesen kostengünstigen Routinedaten können kleinräumig und im zeitlichen Verlauf nicht nur klassische epidemiologische und gesundheitsökonomische Fragestellungen bearbeitet, sondern auch weitere wichtige gesundheitsbezogene Informationen u. a. für die Versorgungsforschung oder zur Behandlungsqualität der Einrichtungen generiert werden.



3 *Armutsbekämpfung Kernziel europäischer Sozialpolitik*

Die 2005 eingeführte, EU-weit harmonisierte Panelerhebung über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC) wird von den Mitgliedstaaten sowie weiteren, europäischen Staaten auf Basis einer europäischen Gesetzesgrundlage jährlich durchgeführt. Primärzweck ist die detaillierte Erhebung von Einkommen und Informationen zum Lebensstandard der Bevölkerung. Die regelmäßige, termingerechte Lieferung von Querschnitts- und Längsschnittdaten, Armuts- und Deprivationsindikatoren sowie eine detaillierte Qualitätsberichterstattung sind für alle Mitgliedstaaten der EU verpflichtend. Mit der 2010 auf zehn Jahre angelegten Strategie Europa 2020 ist der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung als der zentrale Sozialindikator zur Überwachung der Fortschritte bei der Armutsbekämpfung bestimmt worden. Der Indikator bündelt die einkommensbasierte, relative Armutsquote, die Quote der von erheblicher materieller Entbehrung bedrohten Bevölkerung und die Quote der Bevölkerung, die in Erwerbslosenhaushalten lebt, zu einem einzigen, umfassenden Armutsindikator.

Die Europa 2020-Strategie präzisiert die politischen Ziele für ein starkes Europa in der globalisierten Welt. Insbesondere wurden

die Messgrößen, die zur Beurteilung der Effizienz der europäischen Sozialpolitik herangezogen werden, genauer festgelegt. Die bis zum Jahr 2020 angestrebte Verminderung der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung in der EU wird explizit mit „um mindestens 20 Millionen“ beziffert, ebenso wie etwa auch das Europa 2020-Kernziel, dass „75 Prozent der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren bis 2020 in Arbeit stehen sollen“. Bislang ist man dem Ziel der Armutsreduktion allerdings noch nicht entscheidend nähergekommen. Vielmehr verharrt der Anteil armer oder sozial ausgegrenzter Menschen in der gesamten EU seit einigen Jahren bei rund 125 Millionen Menschen (25%). Auch in Deutschland war zuletzt mit rund 20% (16 Millionen Menschen) gegenüber den Vorjahren nur eine geringe Reduktion der Quote zu verzeichnen.

Vor allem Langzeitarbeitslosigkeit ist ein bedeutender Auslöser für Armut und soziale Ausgrenzung. Die Bundesregierung – wie auch die übrigen Mitgliedstaaten der EU – muss im Rahmen des europäischen Semesters in ihrem nationalen Reformprogramm regelmäßig detailliert Auskunft über ihre sozialpolitischen Maßnahmen und die Fortschritte bei der Zielerreichung geben. Im nationalen Reformprogramm Deutschlands ist daher als Etappenziel festgelegt, die Zahl der Langzeiterwerbslosen gegenüber dem Jahr 2008 bis zum Jahr 2020 um mindestens 20% zu verringern. Die Beurteilung der nationalen Lage hinsichtlich der Kernziele und -themen der Europa 2020-Strategie ist wichtiger Bestandteil des nationalen Reformprogramms, ebenso wie die Offenlegung der Verwendung von Fördergeldern aus verschiedenen EU-Fonds. Deutschland bezog in der Periode 2007–2013 insgesamt 26,4 Milliarden Euro aus dem Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Im Jahr 2013 wurden davon rund 2,3 Milliarden Euro für EFRE- und rund 1,4 Milliarden Euro für ESF-Fördermaßnahmen eingesetzt. Ab 2020 sollen gemäß EU-Vorgabe mindestens 20% der ESF-Fördermittel für Armutsbekämpfung verwendet werden. Die Mittelzuteilung für diesen Zeitraum wird im Laufe des Jahres 2014 erfolgen. Neben dem quantitativ unterlegten Ziel im Rahmen der Strategie Europa 2020 verfolgt die Bundesregierung auch „... zahlreiche qualitative Ziele zur Reduzierung von Armutsrisiken, insbesondere die Ziele der Verbesserung der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben von benachteiligten Kindern und Jugendlichen,

die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, die verbesserte Inklusion von behinderten Menschen, eine demografiefeste Gesundheits- und Pflegepolitik und die Vermeidung von Altersarmut.“

Der Europa 2020-Indikator zur Armut und sozialen Ausgrenzung sowie viele weitere Indikatoren aus EU-SILC werden überdies für Zwecke der nationalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung benötigt und fließen in die in mehrjährigen Abständen erstellten Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung ein. Auch die im Jahr 2010 vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ hat im Rahmen der Arbeiten der Projektgruppe 2 von dem verfügbaren statistischen Datenmaterial und der Expertise des Statistischen Bundesamtes beim Thema Wohlfahrtsmessung profitiert. Eine der zentralen Aufgaben der Kommission, deren Abschlussbericht seit dem Frühjahr 2013 vorliegt, war die Entwicklung eines Indikatorenansatzes zur Darstellung von Wohlstand und Fortschritt. Das Resultat der Arbeiten ist ein System aus Leitindikatoren, flankiert von Warnlampen, die zur Überwachung dieser Zielgrößen dienen. Einer der Leitindikatoren misst die Einkommensungleichheit in der Bevölkerung, Grundlage für die Berechnung der relativen Armut.

Die Indikatoren aus EU-SILC sind also von zentraler Bedeutung für die europäische und nationale Sozialpolitik. Dementsprechend hoch sind die Qualitätsanforderungen, die von der EU an die Erhebung gestellt werden. Das betrifft beispielsweise umfassende, stichprobenmethodische und aufbereitungstechnische Vorgaben, obligatorische Qualitätsberichte sowie verbindliche Termine für Daten- und Indikatorenlieferungen an die EU. Die Rechtsgrundlage für EU-SILC wird gegenwärtig überarbeitet. Mit der Revision sind neue Anforderungen an EU-SILC in Planung. Vorgesehen sind unter anderem eine erheblich frühere Bereitstellung der Daten sowie tiefer regional gegliederte Daten, die von der EU für eine effiziente Zuteilung von Fördermitteln benötigt werden. Die mit der Revision einhergehenden Änderungen stellen die amtliche Statistik Deutschlands wie auch die der meisten übrigen Mitgliedstaaten vor sehr große Herausforderungen.



Gerhard-Fürst-Preis 2013

Im Jahr 2013 wurden wieder vier junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für ihre universitären Abschlussarbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes ausgezeichnet. Ihre empirischen Fragestellungen haben sie mit den Daten der amtlichen Statistik bearbeitet.

Mietpreise: Verlässliche Regionaldaten für Deutschland

Die Höhe von Wohnungsmieten variiert regional sehr deutlich. Ein durchschnittliches Mietniveau für ein Bundesland oder sogar für Gesamtdeutschland ist daher oft wenig aussagekräftig. Trotzdem werden Informationen über Mietpreise nur selten auf regionalem Niveau veröffentlicht. Das liegt daran, dass die Mietpreisinformationen häufig aus Stichproben gewonnen werden. Je stärker man die Auswertung räumlich gliedert, umso weniger Beobachtungen liegen für eine regionale Einheit vor und umso weniger verlässlich sind die Informationen, die man aus den Daten über das Mietpreinsniveau gewinnen kann. In der Arbeit von Charlotte Articus werden moderne statistische Verfahren der sogenannten Small Area Statistik angewendet, die speziell darauf ausgerichtet sind, auch unter solchen Bedingungen verlässliche Aussagen auf regionaler Ebene zu ermöglichen. Mit diesen Methoden werden Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation aus dem Jahr 2010 ausgewertet. Die Arbeit bewertet die vorgeschlagenen Verfahren und enthält eine Karte, die über durchschnittliche Mietpreise für Kreise in Deutschland informiert. Charlotte Articus erhielt in der Kategorie Master/Bachelorarbeiten für ihre Arbeit „Small Area-Verfahren zur Schätzung regionaler Mietpreise“ den Gerhard-Fürst-Preis.

Berechnung eines vierteljährlichen Bruttoinlandsproduktes für Nordrhein-Westfalen

Zur Beschreibung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden häufig gesamtwirtschaftliche Indikatoren verwendet, die Aufschluss über spezielle Bereiche der Entwicklung geben können. Der wohl bekannteste gesamtwirtschaftliche Indikator ist das Bruttoinlandsprodukt. Sowohl für ganz Deutschland als auch auf Bundesländerebene dient das Bruttoinlandsprodukt als Maß für die Wirtschaftsleistung und ist daher ein wichtiger Bestandteil einer Analyse der konjunkturellen Lage des Landes. Auf Bundesebene wird das Bruttoinlandsprodukt jährlich aber auch vierteljährlich ermittelt. Für die einzelnen Bundesländer dagegen wird das Bruttoinlandsprodukt jährlich errechnet, unterjährig jedoch nur für einzelne Bundesländer. In der Masterarbeit von Michael Klüsener

wird ein Konzept zur Berechnung eines vierteljährlichen Bruttoinlandsproduktes für das Bundesland Nordrhein-Westfalen entwickelt und getestet. Eine für die Jahre 2003 bis 2008 auf Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige durchgeführte Testrechnung liefert überzeugende Ergebnisse. Sowohl für einzelne Aggregate der Bruttowertschöpfung als auch für das Bruttoinlandsprodukt sind die Abweichungen der extrapolierten Jahreswerte von den vom Statistischem Bundesamt ausgewiesenen Jahreswerten sehr gering. Michael Klüsener erhielt den Gerhard-Fürst-Preis für seine Arbeit „Konzept zur Berechnung eines vierteljährlichen Bruttoinlandsproduktes für Nordrhein-Westfalen“, die an der Technischen Universität Dortmund entstanden ist.

Beschäftigungswachstum durch regionale Branchennetzwerke

Regionale Netzwerkstrukturen, sogenannte Cluster, wirken sich in der Regel wachstumsfördernd auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Regions- und sektorübergreifende Analysen, die dies belegen, gibt es allerdings kaum. In ihrer Dissertation hat Dr. Julia Kowalewski einen neuen Weg aufgezeigt, wie regionale Vernetzungen und ihre Wachstumswirkungen abgeschätzt werden können.

Als Datengrundlage dienten regionale Beschäftigtendaten sowie die Input-Output-Tabelle für Deutschland, die mittels einer ausgewählten Methode für die 97 Raumordnungsregionen regionalisiert wurde. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die räumliche Nähe zu vor- und nachgelagerten Branchen ein entscheidender Faktor für das Beschäftigungswachstum in vielen Wirtschaftszweigen ist, beispielsweise in der Luftfahrtbranche oder der Rundfunk- und Nachrichtentechnik. Es zeigt sich allerdings auch, dass klassische Standortfaktoren, wie Verkehrsinfrastruktur- oder Humankapitalausstattung für die Entwicklung von Wirtschaftszweigen relevant bleiben. Dr. Kowalewski erhielt für ihre Dissertation „Intersectoral Relations and Employment Development in German Regions“ an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg den Gerhard-Fürst-Förderpreis des Statistischen Bundesamtes.



Von links: Präsident Roderich Egeler, Dr. John P. Weche Gelübcke, Charlotte Articus, Prof. Ralf Münnich, Michael Klüsener, Prof. Dominik Wied und Prof. Ullrich Heilemann. Nicht auf dem Bild: Dr. Julia Kowalewski.

Auslandskontrollierte Unternehmen: größer, produktiver, höhere Löhne

Seit 2007 besteht erstmals die Möglichkeit, Kontrollbeziehungen in der amtlichen deutschen Unternehmensstatistik zu identifizieren. Die vorliegende Arbeit wertet diese neue Mikrodatenbasis aus und präsentiert damit die erste umfassende ökonomische Untersuchung auslandskontrollierter Unternehmen in Deutschland auf Basis der amtlichen Statistik.

Die Ergebnisse zeigen, dass auslandskontrollierte Unternehmen verglichen mit inländischen unter anderem größer und produktiver sind, höhere durchschnittliche Löhne und Gehälter zahlen sowie häufiger und in größerem Umfang exportieren. Bezüglich der Rentabilität ist das Verhältnis umgekehrt und könnte auf steuerlich motivierte Gewinnverlagerungen hindeuten. Eine separate Analyse nach dem Typ des Gruppenoberhauptes demonstriert die He-

terogenität dieser Unternehmen und einen Performancevorsprung von Tochtergesellschaften mit Finanzunternehmen als Gruppenoberhaupt. Die Untersuchung von Unternehmensübernahmen zeigt einen diametral gegenläufigen Zusammenhang von Produktivität und Rentabilität mit der Übernahmewahrscheinlichkeit auf, was die Zusammenführung zweier sich scheinbar widersprechender Hypothesen – dem „Cherry-picking“ und „Lemongrabbing“ – bietet. Weiterhin deuten die Ergebnisse auf negative Beschäftigungseffekte und keine signifikanten Produktivitätssteigerungen durch ausländische Übernahmen in der Zeit von 2007 bis 2009 hin. Dr. John P. Weche Gelübcke hat für seine an der Leuphana Universität Lüneburg entstandene Doktorarbeit „Foreign-controlled Enterprises in Germany: Empirical Studies on Comparative Firm Performance“ den Gerhard-Fürst-Förderpreis erhalten.

Im Kundenprofil: infratest dimap

Parteien, Prozente, Prognosen

Caren Miosga, Jörg Schönenborn und Ulrich Deppendorf
im ARD Wahlstudio

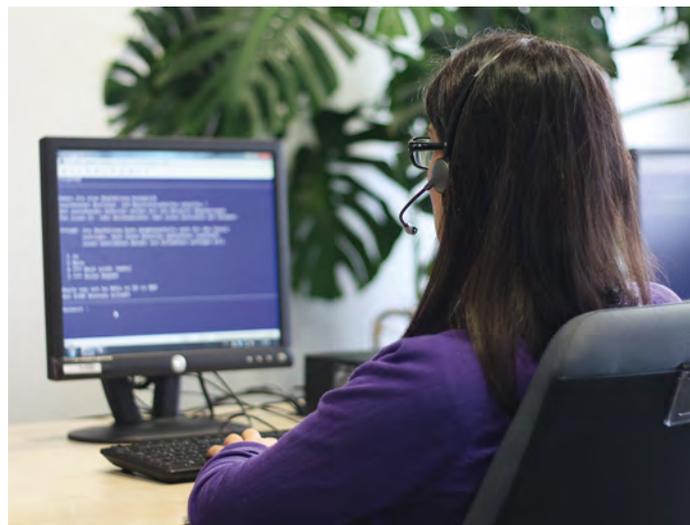


Fokus Wahlen

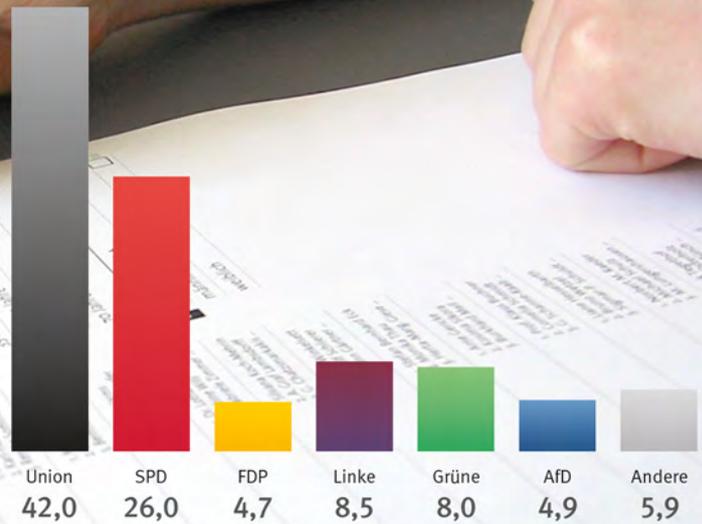
Sonntag, der 22. September, 18 Uhr: „Und hier kommen die Zahlen von infratest dimap.“ Jörg Schönenborn, Chefredakteur Fernsehen, präsentiert unmittelbar nach Schließen der Wahllokale in der ARD die Prognose zur Bundestagswahl. Bereits eine knappe halbe Stunde später folgen die ersten Hochrechnungen zum Wahlausgang. Zu diesem Zeitpunkt hat das Team aus Statistikern, Soziologen, Politologen und IT-Spezialisten bereits mehrere Monate der Vorbereitung hinter und noch einen langen Wahlabend vor sich. Nach den eigens erhobenen Daten aus einer speziellen Stichprobe von Wahllokalen fließen auch die Ergebnisse aus den einzelnen Wahlkreisen fortlaufend in die Hochrechnungen des Wahlsonntags ein, die sich so immer mehr dem Endergebnis annähern.

Sechs Monate vorher starten die Vorbereitungen

Der Wahlabend ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Höhepunkt eines lange vor dem eigentlichen Wahltag anlaufenden Projekts. Der Ausgangspunkt ist bei jedem Wahlgang immer derselbe: die Daten der vorangegangenen Wahl. Denn der vom Bundeswahlleiter veröffentlichte Datensatz mit den Ergebnissen für die letzte Bundestagswahl auf Wahlbezirksebene bildet die Grundlage für die 18-Uhr-Prognose und die späteren Hochrechnungen am Wahlabend. Aus der Menge der ca. 80 000 Wahlbezirke



Wahlen 2013 – Bundestag
infratest dimap Prognose in %



Die Anfänge von Infratest dimap gehen auf das Jahr 1990 zurück. Unmittelbar nach dem Mauerfall gründete Infratest in Berlin das Institut Infratest Burke Berlin, um vor Ort das Zusammenwachsen der alten und neuen Bundesländer wissenschaftlich zu begleiten. Nach dem Beschluss des Bundestages von 1991, den Regierungssitz von Bonn nach Berlin zu verlagern, begann der Aufbau einer leistungsstarken und innovativen Meinungs- und Wahlforschung in der Hauptstadt. 1996 erhielt das Berliner Infratest-Institut gemeinsam mit dem Bonner dimap-Institut den Zuschlag der ARD für die Wahlforschung im Rahmen der ARD-Wahlberichterstattung. Dies war der Startschuss für die Gründung der gemeinsamen Gesellschaft Infratest dimap, die seitdem die ARD-Wahlberichterstattung durchführt. Heute gehört Infratest dimap zu den führenden Meinungsforschungsinstituten in Deutschland im Bereich der Trend-, Politik- und Sozialforschung. Zu den Auftraggebern gehören neben der ARD, Universitäten, öffentliche Institutionen und eine Vielzahl von Medienunternehmen, Stiftungen und Verbänden.

wird eine Stichprobe gezogen, so dass das aktuelle Wahlergebnis in der Stichprobe möglichst exakt mit dem neuen Wahlergebnis in ganz Deutschland übereinstimmt. Aber woran erkennt man dies vor der Wahl? Wichtige Kriterien für eine gute Stichprobe sind eine genaue Wiedergabe der letzten Bundestagswahl sowie aktueller regionaler Strukturen. In einem komplexen Verfahren von Prüf- und Anpassungsschritten wird in den Monaten vor der Bundestagswahl eine Stichprobe von 640 Wahlbezirken gezogen. Danach beginnt ein aufwendiger logistischer Prozess: für alle ausgewählten Wahlbezirke muss der Wahlvorstand informiert werden, um sicherzustellen, dass am Wahltag eine Befragung durch die Infratest dimap-Korrespondenten stattfinden kann. Diese Korrespondentinnen und Korrespondenten müssen deutschlandweit geschult und eingesetzt werden. Parallel laufen die Absprachen mit den Sendeanstalten der ARD. Nicht nur im Ersten auch in den dritten Programmen findet Wahlberichterstattung statt, außerdem in vielen Hörfunkwellen und auf tagesschau.de. Am Wahlsonntag gilt es, ganz unterschiedliche Wünsche und Bedarfe zu verstehen, zu organisieren und umzusetzen; zur Bundestagswahl 2013 in elf TV-Studios und für noch mehr Hörfunkwellen.

100 000 Fragebögen an einem Tag

Der Wahlsonntag beginnt für die Korrespondenten mit Öffnung der Wahllokale. Ab 8 Uhr stehen sie dort bereit, um Wählerinnen und Wähler nach Verlassen des Wahllokals anzusprechen. Viele Korrespondenten erfüllen diese Aufgabe bereits seit vielen Jahren und sorgen mit einem engagierten wie sensiblen Vorgehen für eine hohe Teilnahmequote. Für die Befragten selbst geht es ganz



Knut Holzcheck, Richard Hilmer und Reinhard Schlinkert von infratest dimap

unkompliziert zu: Erklärt sich jemand bereit, an der anonymen Nachwahlbefragung teilzunehmen, erhält er einen Fragebogen und einen Stift. Angaben, die ihn als Person erkennbar machen, werden nicht erhoben. Der von ihm beantwortete Fragebogen wird anschließend in eine bereitgestellte ARD-Wahlbox eingeworfen. In bestimmten Zeitintervallen leeren die Korrespondenten diese Box und telefonieren die codierten Ergebnisse an eine von vier Telefonzentralen. Am 22. September warten dort 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um die Codes in die vorbereiteten Datenmasken einzugeben. Bis zur Schließung der Wahllokale nehmen sie Angaben aus insgesamt 100 000 Wählerinterviews entgegen.

Die Prognose ist im System

So entsteht über den Tag ein Datenfluss, der fortlaufend von Statistikern und Hochrechtern überprüft und bewertet wird, bis es dann kurz vor 18 Uhr bei infratest dimap heißt: „Die Prognose ist im System.“ Dies bildet das Startsignal für alle angeschlossenen Fernsehstudios und Rundfunkstationen, sich in kürzester Zeit auf die Ausstrahlung der Parteianteile vorzubereiten. Zur vielbeachteten Prognose und den nachfolgenden Hochrechnungen kommen am Wahlabend eine Reihe weiterer Ergebnisse hinzu. Sie helfen, das Wahlverhalten zu erklären und einzuordnen. Viele dieser Zahlen stammen aus der Nachwahlbefragung vom Wahlsonntag, ein beachtlicher Teil aber auch aus telefonischen Erhebungen in den letzten Tagen vor der Wahl. Diese basieren wie die regelmäßigen Befragungen von infratest dimap für den ARD-DeutschlandTREND auf einer Stichprobe von ca. 1 500 Wahlberechtigten. Für diese Art von Erhebungen sind die Ergebnisse des Mikrozensus unschätzbar. Dessen Strukturdaten geben wichtige Aufschlüsse für Steuerung, Bewertung und Gewichtung von Umfragen. So ist es für Telefonumfragen unabdingbar, die Anzahl der Haushalte in den Teilregionen zu kennen. Und auch bei Vorgaben für Strukturen von sogenannten Access-Panels ist es entscheidend, über detaillierte Informationen für die Grundgesamtheit zu verfügen. Der Mikrozensus wird so zu einem hochgeschätzten Datenschatz. Dazu Richard Hilmer, Geschäftsführer von infratest dimap: „Die Daten vom Statistischen Bundesamt, im Besonderen der Mikrozensus, liefern fundamentale Eckdaten für die empirische Meinungsforschung. Sie ermöglichen erst die Erstellung präziser Prognosen und belastbarer Analysen.“

Mit Spannung erwartet: Das amtliche Endergebnis

Spät in der Nacht wird vom infratest dimap-Team das vorläufige amtliche Ergebnis des Bundeswahlleiters erwartet. Es gibt Auskunft über die Güte von Prognose und Hochrechnungen. Deren Qualität ist mittlerweile ausgesprochen hoch. Genauso wie der Anspruch der Öffentlichkeit. Stützen sich Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen und Politiker in der Bewertung und Kommentierung des Wahlausganges doch genau auf diese Zahlen. Am 23. September um 3:15 Uhr morgens in der Früh war es dann endlich soweit, die Pressemitteilung des Bundeswahlleiters wies das vorläufige amtliche Ergebnis der Bundestagswahl 2013 aus. Die durchschnittliche Abweichung der Parteianteile in der 18-Uhr-Prognose betrug weniger als 0,3 Prozentpunkte. Wichtiger noch als das rein rechnerische Ergebnis: schon in der Prognose wurden FDP und AfD unter fünf Prozent und die Union als Wahlsiegerin mit satten Gewinnen aber ohne eigene Mehrheit ausgewiesen. Damit konnte die ARD den Wahlabend mit der richtigen politischen Aussage eröffnen.

Personalentwicklung und Fortbildung

Personalentwicklung im Statistischen Bundesamt hat die Aufgabe, die Fähigkeiten der Beschäftigten zu erkennen, zu erhalten und für eine bestmögliche Aufgabenerfüllung zu entwickeln. Einen wesentlichen Anteil an der Weiterqualifikation der Beschäftigten hat die interne Fortbildung, die ab 2013 E-Learning Module schrittweise ergänzt.

Unterstützung beim Berufseinstieg

Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden im Statistischen Bundesamt bei ihren ersten Schritten aktiv unterstützt. Um den neuen Kolleginnen und Kollegen den Berufseinstieg zu erleichtern, bietet das Statistische Bundesamt ein Mentoringprogramm an. Darüber hinaus trägt ein Einführungslehrgang für alle neuen Beschäftigten dazu bei, die Organisationsstrukturen besser kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen.

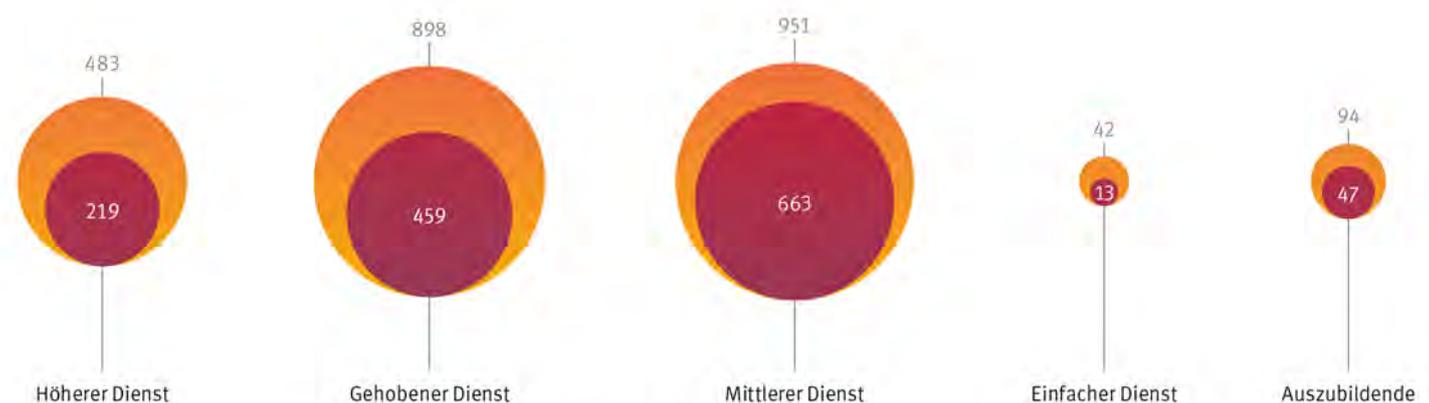
Persönliche Fortbildung und E-Learning

Wer im Statistischen Bundesamt arbeitet, hat viele Möglichkeiten sich weiterzubilden. Ein umfangreiches Seminarprogramm bietet zahlreiche Inhouse-Schulungen zu Informationstechnik, Soft Skills und speziellen Fachthemen. Das Programm wird durch externe

Fortbildungen unter anderem an der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung und auf europäischer Ebene erweitert. Auch mit den Statistischen Ämtern der Länder gibt es zahlreiche gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen.

Die Fortbildung des Statistischen Bundesamtes wird schrittweise um E-Learning-Maßnahmen ergänzt. Im Jahr 2013 hat die Amtsleitung mit der Personalvertretung eine Dienstvereinbarung zur Nutzung von E-Learning durch alle Beschäftigten des Hauses abgeschlossen. In den Bereichen Arbeitsschutz, Korruptionsprävention und der Einführung neuer Software haben viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter E-Learning Module angewendet. Durchschnittlich 2,8 Tage haben sich die Beschäftigten im Jahr 2013 insgesamt fortgebildet.

Beschäftigte nach Laufbahngruppen



● Beschäftigte 2013 insgesamt ● davon Frauen Es arbeiten 2 468 Beschäftigte im Statistischen Bundesamt, davon sind 1 401 Frauen. Das sind 57%.

Personalverantwortung durch Personalentwicklung

Kooperations- und Teamfähigkeit sowie gute Zusammenarbeit und zufriedene Beschäftigte sind die Basis für erfolgreiche Arbeit. Im Statistischen Bundesamt kommen moderne Instrumente der Personalentwicklung und Führung zum Einsatz, unter anderem:

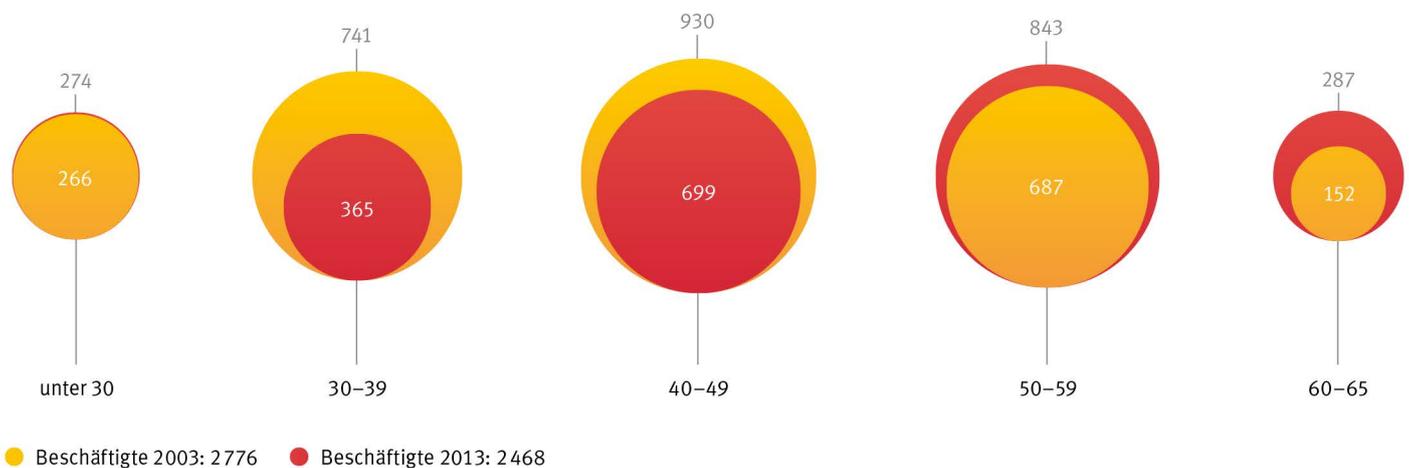
- Vorgesetztenrückmeldung
- Kooperationsgespräche
- Förderung der Breite an Einsatzmöglichkeiten

2013 wurde die vierte Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Sie findet im 4-Jahres-Rhythmus statt. Aus den Befragungen werden neue Handlungsoptionen und Maßnahmen für die Personalentwicklung abgeleitet.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Mit flexibler Arbeitszeitgestaltung, verschiedenen Telearbeitsmodellen und einem variablen Angebot an Teilzeitmodellen ermöglicht das Statistische Bundesamt, Arbeit und Privatleben besser zu vereinbaren. Für Betreuungsgengpässe steht ein gut ausgestattetes Eltern-Kind-Zimmer zur Verfügung. Im Jahr 2013 waren 24 % aller Beschäftigten in Elternzeit männlich.

Beschäftigte nach Alter im 10-Jahresvergleich





Haushalt

Das Statistische Bundesamt ist eine obere Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Die Mittel für das Jahr 2013 in Höhe von rund 165 Millionen Euro entsprechen einem Anteil von 2,8 % am Haushalt des Bundesministeriums des Innern und 0,04 % am Gesamthaushalt der Bundesrepublik.

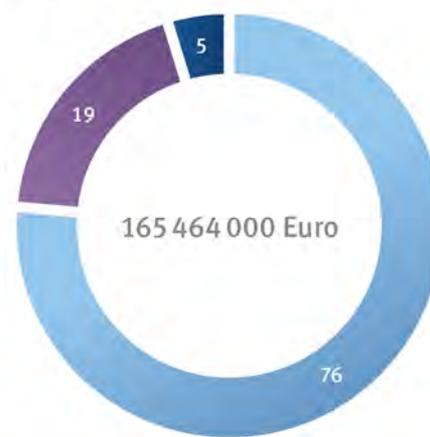
Das Erheben und Aufbereiten von Statistiken und die Verbreitung der Ergebnisse sind trotz des zunehmenden Einsatzes von Informationstechnologien personalintensive Aufgaben, die steigende Anforderungen an die Beschäftigten stellen. Der größte Kostenblock sind daher die Personalausgaben: Im Jahr 2013 entfielen rund 76% der veranschlagten Mittel des Statistischen Bundesamtes auf den Personalbereich. Die Sachausgaben für die Aufrechterhaltung des laufenden Dienstbetriebs machten einen Anteil von rund 19% aus. Weitere 5% entfielen 2013 auf Investitionen für Informationstechnologie und die Sanierung des Dienstgebäudes in Wiesbaden.

Der Finanzplan sah 2013 für das Statistische Bundesamt Mittel in Höhe von rund 165 Millionen Euro vor. Im Laufe des Jahres mussten allerdings zusätzliche Einsparungen in Höhe von 8,5 Millionen Euro geleistet werden.

Im Zuge der Bündelung des IT-Betriebs (IT-Konsolidierung) wurden der Bundesstelle für Informationstechnik (BIT) im Haushaltsjahr 2013 und bis zum Abschluss der Konsolidierung 2014 Mittel für Personal, Sachausgaben und Investitionen in Höhe von fast 11 Millionen Euro vom Statistischen Bundesamt übertragen.

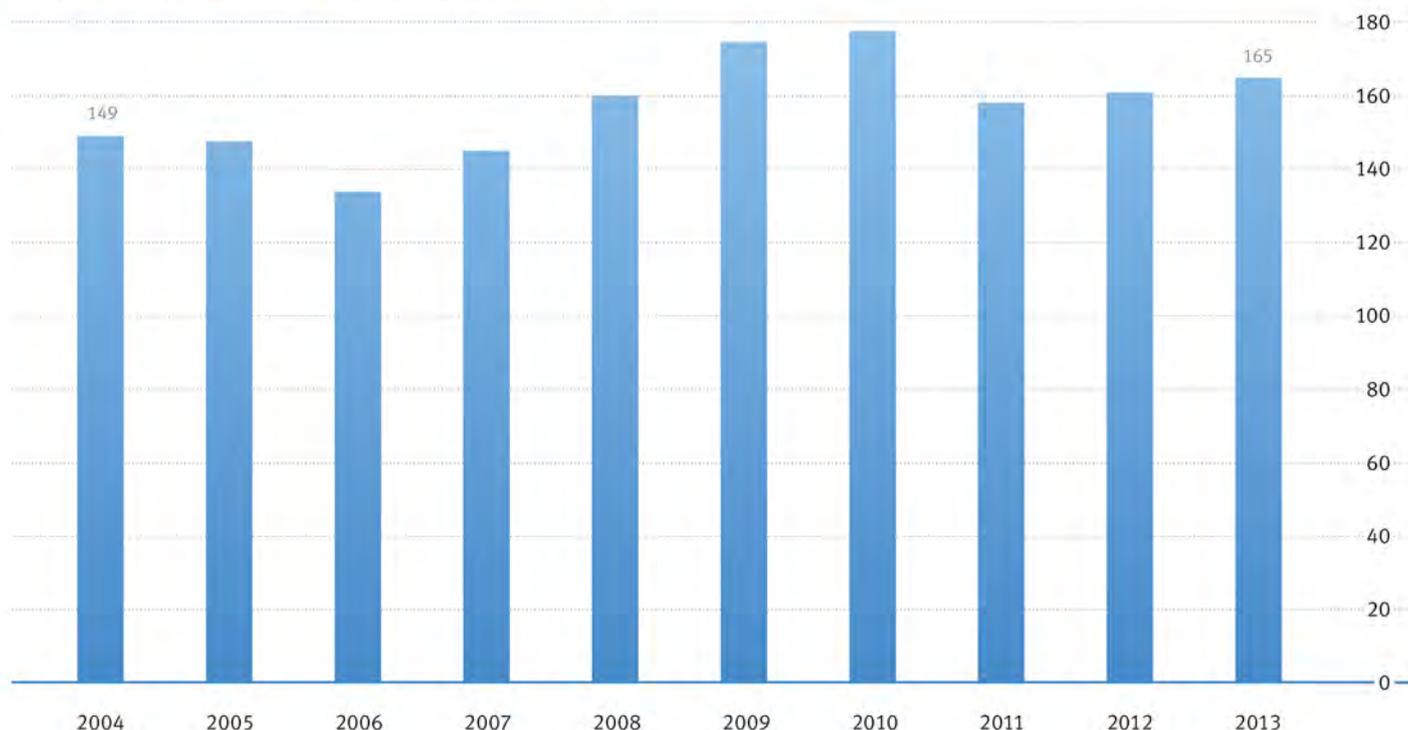
Veranschlagte Ausgaben des Statistischen Bundesamtes 2013

in %



- Personal: 126 049 000 Euro
- Sachausgaben für Dienstbetrieb: 30 860 000 Euro
- Investitionen: 7 649 000 Euro

Haushalt des Statistischen Bundesamtes in Millionen Euro



Leitung



- 1** Roderich Egeler
Präsident und Bundeswahlleiter
- 6** Jürgen Chlumsky
Verwaltung, Bürokratiekostenmessung
- 2** Dieter Sarreither
Vizepräsident, stellvertretender
Bundeswahlleiter
- 7** Angela Schaff
Gesundheit, Soziales, Bildung,
Private Haushalte
- 3** Sibylle von Oppeln-Bronikowski
Strategie und Planung,
internationale Beziehungen,
Forschung und Kommunikation
- 8** Beate Glitza
Informationstechnik, Mathematisch-
statistische Methoden
- 4** Hannelore Pöschl
Landwirtschaft, Umwelt, Außenhandel
- 9** Dr. Roland Gnos
Unternehmensregister, Verdienste,
Industrie, Dienstleistungen
- 5** Irmtraud Beuerlein
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
Arbeitsmarkt, Preise
- 10** Dr. Sabine Bechtold
Bevölkerung, Zensus, Finanzen
und Steuern



Stand: März 2014.

Kontakt

Servicestelle im Bundestag
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
bundestag@destatis.de

i-Punkt Berlin
Friedrichstrasse 50-55 (Checkpoint Charlie)
10117 Berlin
www.destatis.de/ipunkt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
www.destatis.de

Zweigstelle Bonn
Graurheindorfer Strasse 198
53177 Bonn

Allgemeiner Informationsservice
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05
www.destatis.de/kontakt

Pressestelle und journalistischer Informationsservice
presse@destatis.de
Telefon: +49 (0) 611 / 75 34 44

Wir sind erreichbar von
Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr und Freitag 8 bis 15 Uhr

